

Politische Berichte ★

Nummer 2 / 18. Jahrgang

23. Januar 1997

G 7756 D Preis 2,00 DM

Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik
Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis 2 DM, Jahresabo 78 DM
ermäßigt ab 52 DM, Förderabo 130 DM

Redaktionsadresse
Postfach 260 226, 50150 Köln
Hausadresse: GNN-Verlag,
Zülpicher Straße 7, 50674 Köln,
Telefon 02 21 / 21 16 58 Fax: 02 21 / 21 53 73

Nun steht Artikel 13 auf der Abschlußliste

Ulla Jelpke zu den Vorbereitungen auf den „Großen Lauschangriff“

Schon heute ist die BRD Weltmeisterin beim Abhören:

- Allein 1995 wurden 3.596 Telefone von der Polizei abgehört und hierbei Daten von rund 500.000 Personen erfaßt.
- Hinzuzurechnen sind Telefonüberwachungsmaßnahmen des Verfassungsschutzes, deren Ausmaß grundsätzlich nicht veröffentlicht wird.
- Dazu kommen noch die 4.000 Auslandsgespräche, die der Bundesnachrichtendienst täglich aufzeichnet.

Die Bundesregierung ist dabei, die in Artikel 13 des Grundgesetzes garantierte Unverletzlichkeit der Wohnung auszuhebeln. Ermutigt durch das kollektive Umfallen der FPD und die deutlichen Signale aus der SPD will sie den Großen Lauschangriff realisieren. Sie möchte ihre großen Lauscher nicht nur auf Drogendelikte, sondern auch auf Verstöße gegen Vereinsverbote (z.B. das PKK-Verbot) und sogar auf Fluchthilfe für AsylbewerberInnen und MigrantInnen richten.

Die Bundesregierung versucht, die Effektivität des Großen Lauschangriffs mit Erfahrungen aus den USA zu begründen. Bei 567 dort in den Jahren 1987 bis 1992 angeordneten Einsätzen von Mikrofonen in Wohnungen wurde jedoch nur zum geringsten Teil Belastendes abgehört: 92,8 Prozent der so belauschten Gespräche handelten lediglich von strafrechtlich unbedeutlichen privaten Dingen.

Der in den USA weit verbreitete kombinierte Einsatz von Telefonabhören und Mikrofoneinsatz ist zudem mit einem extrem hohen Kreis überwachter Personen (ca. 390 Personen pro Großen Lauschangriff) verbunden. Schließlich: Die ungebrochen hohe Kriminalitätsbelastung in den USA ist wahrlich kein Argument für die Durchschlagkraft des Großen Lauschangriffs.

Das Bundesverfassungsgericht hat vor Jahren bereits entschieden, daß jeder Person ein „Innenraum“ verbleiben muß, in den sie sich „zurückziehen kann, zu dem die Umwelt keinen Zutritt hat, in dem man in Ruhe gelassen wird und ein Recht auf Einsamkeit genießt“. Dieser Schutz eines „absolut geschützten Kernbereichs“ gälte selbst dann, wenn „überwiegende Interessen der Allgemeinheit“ für den Eingriff sprechen würden.

Mit Menschenwürde und Verfassung unvereinbar

Durch den Großen Lauschangriff verliert der Mensch das letzte Refugium. Zumal: Der Große Lauschangriff ent-

faltet eine unabsehbare einschüchternde Wirkung, weil sich faktisch niemand mehr sicher sein kann - und sei es auch nur indirekt, als Angehörige(r) oder Bekannte(r) einer beschuldigten Person - Ziel eines Lauschangriffs zu werden. Die Menschenwürde wäre in ihrem Wesensgehalt berührt. Dieser Eingriff bleibt mit der Verfassung unvereinbar.

Der Große Lauschangriff zielt nicht auf die Ursachen derjenigen Kriminalität, die vorgeblich durch ihn bekämpft werden soll. Deshalb kann sein Einsatz auch keine Lösungen bringen.

Anstatt die Polizei mit weiteren nachrichtendienstlichen Mitteln auszurüsten, schlägt die PDS-Gruppe folgende Schritte vor:

- Wenn, wie behauptet, Drogenhandelsdelikte den Großteil der sogenannten Organisierten Kriminalität ausmachen, dann ist der PDS-Antrag zur Legalisierung des Besitzes und Erwerbs von Cannabis sowie die ärztlich kontrollierte Abgabe sogenannter harter Drogen die richtige Antwort.

Hierdurch würde nicht nur die mit der Abhängigkeit von Drogen zusammenhängende Beschaffungskriminalität und -prostitution verschwinden. Auch der Drogenmarkt - den Gesetzen des Marktes folgend - würde in sich zusammenbrechen.

- Der von der PDS vielfach geforderte Abbau der Festung Europa gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen hätte einen Rückgang diesbezüglicher „Kriminalitätsformen“ (der „Schlepper- und Schleuserkriminalität“) zur Folge.
- Schließlich erachtet die PDS die Aufhebung der Verbote kurdischer Organisationen als unerlässlich. Damit würde den hier lebenden Kurdinnen und Kurden die Inanspruchnahme der Grundrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit wieder ermöglicht. Der Große Lauschangriff gegen sie wäre Gift für eine politische und demokratische Lösung in Kurdistan.

Mit dem Großen Lauschangriff wird eine Eingriffsmöglichkeit des Staates legalisiert, wie sie zuletzt von der Staatssicherheit der DDR angewandt worden ist.

Gerade vor diesem Hintergrund setzt sich die PDS nachdrücklich gegen eine Vergeheimdienstlichung der Polizei und für eine an Demokratie und Bürgerrechten orientierte Strafrechts- und Kriminalpolitik ein.

Ulla Jelpke ist innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsgruppe. Ihren Artikel entnahmen wir mit freundlicher Genehmigung der Verfasserin der Nr. 1/97 des „R(h)einblick“.



Protest gegen Seehofer

6.000 Menschen demonstrierten am 15. Januar in Bonn



150 Jahre Siemens AG

Aufruf zur Entschädigung ehem. ZwangsarbeiterInnen

VVN/BdA, Friedens- und Antifagruppen, Grüne, PDS, kirchliche und gewerkschaftliche Gruppen rufen zum 150. Jahrestag der Siemens AG zu Aktionen auf, mit denen die immer noch ausstehende Entschädigung der Siemens Zwangsarbeiter eingefordert werden soll. In Berlin ist u.a. eine Protestveranstaltung zur Siemens-Aktionärsversammlung am 13.2. im ICC geplant. Hier der (aus Platzgründen gekürzte) Aufruf:

1997 feiert die Siemens AG ihr 150jähriges Firmenjubiläum. Teil dieser Geschichte ist auch die Rolle des Konzerns im Nationalsozialismus. (...)

Als Lieferantin der Rüstungsindustrie und führender Elektro-Konzern übernahm die Siemens AG eine Vorreiterrolle bei der systematischen Ausbeutung von ZwangsarbeiterInnen. Zunächst bereicherte sich Siemens ab Frühjahr 1940 an jüdischen ZwangsarbeiterInnen. Es folgte 1942 die Errichtung eines eigenen Werkes mit schließlich 20 Produktionshallen, beim Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück. 1943 machten FremdarbeiterInnen, Kriegsgefangene, jüdische ZwangsarbeiterInnen und KZ-Häftlinge mehr als 30 Prozent der Siemens-Gesamtbelegschaft aus. Sie wurden ausgebettet, schikaniert und gequält; viele sind verhungert oder wurden „durch Arbeit vernichtet“.

Die Siemens AG hat sich bis heute ihrer Verantwortung entzogen. Ein einmales finanzielles „Trostpflaster“ erhielten lediglich 2.203 jüdische Überlebende durch das hartnäckige Engagement der Jewish Claims Conference in den 60er Jahren, jedoch ohne Anerkennung eines Rechtsanspruchs auf Entschädi-

gung. Die übergroße Mehrheit der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen wurde bis heute nicht entschädigt. Dabei war Zwangsarbeit bereits bei den Nürnberger Prozessen im Sinne eines der vier Hauptklagepunkte als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ verurteilt worden. Das Europäische Parlament hat in seiner Entschließung vom 16. Januar 1986 eindeutig festgestellt, es bestehe eine „klare moralische und rechtliche Verpflichtung der Firmen, die Sklavenarbeiter beschäftigt haben, Entschädigungsleistungen zu zahlen“.

Viele der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen sind schon gestorben, ohne entschädigt worden zu sein. Die bis heute noch Lebenden sind sehr alt, darum drängt die Zeit.

Wir fordern von der Siemens AG:

- die rückhaltlose Aufklärung der Siemens-Firmengeschichte;
- die Anerkennung des den ehemaligen ZwangsarbeiterInnen zugefügten Leids und Unrechts;
- die Bestätigung des Rechtsanspruchs der Betroffenen auf finanzielle Entschädigung;
- die Entschädigung für die ehemaligen ZwangsarbeiterInnen und ihre Hinterbliebenen; entweder die öffentlich erklärte Bereitschaft, einen angemessenen Beitrag in die seit längerem geforderte Bundesstiftung für die unbürokratische Entschädigung aller ehemaligen ZwangsarbeiterInnen zu zahlen, oder die direkte Entschädigung der ehemaligen Siemens-ZwangsarbeiterInnen.

Kontakt: Christine Krause, c/o VVN/BdA, Boddinstr. 64, 12053 Berlin, Tel./Fax 030 686 60 06.

AKTUELL IN BONN

Kanther: „Rassische Typisierungen“ o.k.

Polizeiliche Merkmalsbeschreibungen, die eine „rassische Typisierung“ von Beschuldigten vornehmen, sind für Bundesinnenminister Kanther kein Grund zur Aufregung. Vor Monaten war bekannt geworden, daß die Polizei in ihren Fahndungscomputern Vordrucke (den „Erfassungsbeleg KP 8“) verwendet, die eine rassistische „Typisierung“ der Gesuchten vornehmen: ob „negroid“ oder „nordländisch-mittel-europäisch“, „indianid“, „slawisch“ u.ä. In der dazu gehörigen Anleitung heißt es u.a.: „slawisch“ bedeute „breites Gesicht“ und „betonte Wangenbeine“. Die Grünen hatten im Bundestag gefragt, ob solche Formulare auch bei dem Kanther unterstellten BGS und beim BKA verwendet würden und wie die Regierung die Verwendung solcher an das NS-Rasselehre-Vokabular angelehnten Typisierung auch verfassungsrechtlich beurteile. Antwort Kanthers: Solche Typisierungen seien notwendig, Dateien, in denen sie gesammelt würden, gäbe es nicht und im übrigen würden solche Formulare regelmäßig „auf ihre sprachliche Aktualität überprüft“. Irgendjemand in den Polizeiapparaten muß also dieses Vokabular vor kurzem als „sprachlich aktuell“ eingestuft haben, sonst wären die Formulare ja nicht in Umlauf gekommen. Polizeibehörden als Quellen für NS-Rasselehre-Vokabular – und der Bundesinnenminister findet nichts dabei! (Ds. 13/6376 und 13/6623)

Plutonium: Opposition erwägt Klage

Die Oppositionsparteien SPD und Grüne erwägen eine Klage vor dem Verfassungsgericht, weil die Regierungsparteien im Untersuchungsausschuß, der den Plutonium-Geschäften des BND nachgehen soll, eine Aufklärung des Münchner Schmuggel-Skandals von August 1994 (Transport von angeblich geschmuggeltem Plutonium in einer Linienmaschine mit Wissen des BND und anderer Stellen) verhindern will. „Putschartig“ habe die Regierungsmehrheit im Ausschuß eine Befragung weiterer Zeugen im Ausschuß verhindert. U.a. sollten Kanzler Kohl und Kanzleramtsminister Bohl noch vernommen werden, in welcher Weise sie von dem Geschäft und vor allem dem Transport des Plutoniums wußten. Geheimdienstkoordinator Schmidbauer hatte erklärt, Bohl habe ebensoviel gewußt wie er selbst, und Kohl sei „allgemein informiert“ worden. In der nächsten Woche will die SPD ihr weiteres Vorgehen beraten.

Opposition gegen die Bonner Rentenpläne

Die Bundesregierung will Auszahlungen von Lebensversicherungen künftig besteuern und die Besteuerung von gesetzlichen Renten erhöhen. Außerdem soll das allgemeine Rentenniveau mittelfristig um etwa 10 Prozent gesenkt werden. Der DGB hat diese Pläne als „Verhöhnung von Alten und Kranken“ zurückgewiesen. Viele Rentner würden dann künftig nur Renten auf Sozialhilfenniveau erhalten. SPD-Sozialsprecher Dressler erläuterte, bei dieser Senkung würde die Rente eines „Durchschnittsverdieners“ von heute etwa 1.725 DM auf 1.550 DM gesenkt, bei Ehepaaren schnell weniger als die Sozialhilfe. Die Regierungspläne seien „völlig unannehmbar“. Die SPD will

bis Mai einen eigenen Bericht zur Rentenfinanzierung vorlegen.

Transrapid wackelt

Weil die Kostenprognosen für den Transrapid offensichtlich künstlich nach unten geschönt und die kalkulierten Einnahmen bzw. Fahrgästzahlen phantastisch überhöht wurden, gerät das „Transrapid“-Projekt jetzt zunehmend unter Druck. Am 15. Januar legte Verkehrsminister Wissmann im Verkehrsaußschuß des Bundestags deshalb erstmals eine vorsichtige Distanz zu dem Wahnsinnsprojekt an den Tag: Die Bundesregierung wolle das Projekt „nicht um jeden Preis“, nun müsse die Industrie ihre Kalkulationen vorlegen. März/April soll nun die sogenannte „Intraplan“-Studie über Kosten, Fahrgäste u.ä. für das Projekt vorliegen.

Eurofighter: Der Bau beginnt 1997

Offensichtlich vollkommen unbeeindruckt von Waigels Haushaltsnoten haben sich Verteidigungsministerium und Daimler-Benz-Konzern auf den Baubeginn für den „Eurofighter“ verständigt. Bereits in dieser Woche soll das Bundeskabinett das monströse Rüstungsprogramm billigen. In der Presse ist die Rede von einem Stückpreis von ca. 100 Millionen DM je Kampfflugzeug, der „Systempreis“, d.h. Flugzeug plus Wartungsgerät, Ersatzteile, Waffen usw., liegt bei mindestens 130 Millionen DM pro Stück. Die Bundesregierung will 180 Maschinen kaufen, macht 20 bis 22 Milliarden DM, hinzukommen weitere 440 Maschinen für Großbritannien, Italien und Spanien. Die Industrie hofft auch auf Exportgeschäfte, weltweit müßten in nächster Zeit 4.500 ältere Phantom-Jäger ersetzt werden, heißt es. Waigel soll jetzt für den Baubeginn 1 Milliarde DM über eine sog. „Sonderfinanzierung“ locken machen, eine weitere Milliarde will Rühe dieses Jahr aus anderen Etappen für das Projekt herausbrechen.

Fast 500.000 junge Arbeitslose

In der Antwort auf eine Anfrage der SPD zur wirtschaftlichen Situation von Familien mit Kindern hat die Bundesregierung kürzlich auch Zahlen über die Arbeitslosigkeit unter jungen Leuten veröffentlicht. Danach waren Ende Oktober 1996 knapp 452.000 Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren als arbeitslos erfaßt, darunter über 200.000 junge Frauen und über 251.000 junge Männer. Ein Ost-West-Unterschied ist auffällig: während im Westen mehr Männer als Frauen unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet waren, lag im Osten der Anteil arbeitsloser Frauen über dem der Männer.

Was kommt demnächst?

Am 21. Januar reist Kohl nach Prag. Am 30.1. berät der Bundestag über eine Erklärung der Bundesregierung zur Deutsch-tschechischen Erklärung. Am gleichen Tag will der Bundestag über die Bekämpfung von Geldwäsche-Geschäften, über Anträge der Grünen zur Einspeisung erneuerbarer Energien in das Stromnetz und zur Entschädigung von NS-Opfern sowie zum Berlin-Umzug beraten. Am 31.1. steht das Jahressteuergesetz auf der Tagesordnung. Die Regierungsparteien wollen die AFG-Novelle verabschieden, damit sie zum 1. April in Kraft tritt.

Der Schweriner Parteitag zeigt wie eine Momentaufnahme den Zustand der Partei und läßt Entwicklungsmöglichkeiten ahnen. Vorerst: Die in Sachen Wahlstrategie und Bündnispolitik, Sozialpolitik, Frauenpolitik, Steuerpolitik und Statut gefassten Beschlüsse sollten nicht als definitiver Abschluß eines Meinungsbildungsprozesses gelesen werden. So hat die von Gregor Gysi vertretene Statutenkommission ihren Antrag, die Satzung zur Urabstimmung zu geben zurückgezogen, nachdem sie in zwei wichtigen Punkten (Ausgrenzung der Plattformen von den Parteitagen, Aufhebung der Amtszeitbegrenzung) gescheitert war; es geht also weiter ...

Eine Folgerung aus der Strategiediskussion lautete, bei der Aufstellung von Wahllisten seien künftig nur noch PDS-Mitglieder oder Parteilose zu berücksichtigen. Wer sich im Wählerfeld der PDS auskennt, weiß, daß damit einem erheblichen Teil der Wähler und der Mitstreiter bürokratisch das Recht abgesprochen wird, hier oder dort in der Praxis bewährte und bei den zuständigen PDS-Gremien angesehene Menschen auf den Wahllisten unterzubringen. Für die Prüfung der Zuverlässigkeit von Kandidaten ist dadurch nichts gewonnen. An die Stelle der Diskussion von Inhalten und Positionen tritt ein Verwaltungsakt: PDS: Mitglied oder nicht. Nicht-PDS: Nichtmitglied bei anderen oder nicht. Mit einem solchen Beschluß übt die PDS Druck auf ihr Wählerfeld aus: Denn was für die Auf-

„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“
Grundgesetz Artikel 14.2

1. Die regierende Politik in unserem formal vereinten Land ist in einem Zustand von gnadenloser Ungerechtigkeit, Sozialverschleiß und fehlenden Perspektiven versunken. Im fünften Jahrzehnt ihrer Existenz wird in der Bundesrepublik der soziale Konsens, auf dem ihr Erfolg beruhte, durch radikale Umverteilung zugunsten der Einfluß-Reichen zerstört. Der kalte Krieg gegen den Sozialstaat hinterläßt eine andere Republik. Was von der Bundesregierung unter der Vorspiegelung von Reformen verfügt wird, erweist sich als geistig-moralischer Bankrott. Der Notstand ständig steigender Arbeitslosigkeit führt Staatshaushalte und Sozialversicherungssysteme in die Krise und der öffentliche Schuldendienst vermehrt den Reichtum der Banken und der Besitzer großer Geldvermögen. So entsteht Macht, die nicht demokratisch legitimiert ist. Es handelt sich nicht um einen Konjunkturereinbruch, vielmehr stehen wir mitten in einem Epochenwechsel. In dieser Lage müssen sich in unserem Land alle gesellschaftlichen Kräfte zusammenfinden, die bereit und imstande sind, die Verantwortung für die soziale Demokratie mit der Bindung an ein soziales Europa zu übernehmen.

2. Gerechtere Verteilung der Einkommen und Güter ist die zentrale Aufgabe einer neuen Politik. Die deutsche Einheit wird zum massivsten Umverteilungsprozeß von unten nach oben seit Bestehen der Bundesrepublik mißbraucht. Niemand unterschätzt die Dramatik der Lebenssituation in den ostdeutschen Ländern: Sehr viele neue Bundesbürger erleben, was gegenwärtig geschieht, als Enteignung ihrer erworbenen Rechte und ihrer Hoffnung auf Freiheit, Gleichheit, Mitmenschlichkeit. Im Westen meinen viele, sie geben ihr Bestes dem Osten, dort meinen viele, man nimmt ihnen das Letzte. In Ost und West gemeinsam sehen sich jedoch Mil-

stellung von Kandidaten gilt, gilt, ab schwächt, auch für alle anderen politischen Beziehungen. Wer von der PDS was will, soll gefälligst eintreten. Das ist, was bei diesem Beschuß hinten rauskommt. Die praktischen Probleme, die das im Westen bei den Landtags- und Kommunalwahlen, aber auch im Osten bei Kommunalwahlen aufwerfen wird, keine Kandidaten, keine Verbindung zu den wirklichen Bewegungen –, wurde von den Betreibern dieses ideologischen Mauerbaus übersehen oder geringacht.

Öffentlichkeitswirksam war die Erklärung, beim Eintreten geeignete Konstellationen nicht nur opponieren oder dulden, sondern auch mitregieren zu wollen. In der öffentlichen Meinung kam das als Schritt der Anpassung der PDS an die bürgerliche Gesellschaft an.

War das die Absicht der Delegiertenmehrheit? Eher nicht. Direkt konträr zu der Erfahrung des ideologischen, politischen und sozialen Ausgrenzungstrückes wecken die Ergebnisse v.a. zu den Landtagswahlen in der Partei die Hoffnung auf Duldung, ja auf Anerkennung ihrer sozialistischen Ziele durch die Herrschenden. Von diesen wird erwartet, daß sie die Möglichkeit einer Alternative zu ihrer eigenen Herrschaft zugeben. Die Delegiertenmehrheit hofft auf Anpassung der Herrschenden, die sich mit der Existenz einer sozialistischen Option abfinden müßten während in der Gesellschaft des Westens angenommen wird, die Partei verkaufe ihr Saatgut. Wie es ausgeht, zeigt die Zeit, aber Stimmen, die behaupten, die

lionen Mitbürger durch immer schwerwiegendere Belastungen vor unlösbar Probleme gestellt.

3. Wir brauchen eine andere Politik also brauchen wir eine andere Regierung. Wer sie will, muß aus der Zuschauerdemokratie heraustreten. Wir brauchen eine außerparlamentarische Bewegung. Sie muß auf die Opposition in den Parlamenten überspringen. Die Erfahrung von 1968 und der Geist von 1989 sind für 1998 aufgerufen, den Machtwechsel herbeizuführen. Resignation löst kein Problem. Sie richtet nur Schaden an. Viele denken: bis hierher und nicht weiter! Ihr Sammelpunkt ist der Wunsch nach Verwirklichung der sozialen Menschenrechte und die Verantwortung für die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen. Wir brauchen eine Regierung, die das Volk nicht als Gegner behandelt, dessen Widerspruch es zu brechen gilt.

4. Wir brauchen eine andere Politik. Oberstes Ziel muß das Überwinden der Massenarbeitslosigkeit sein. Es fehlen in der Bundesrepublik 6 bis 7 Millionen Arbeitsplätze. Die Gründe dafür liegen nicht im mangelnden Export. Auch nicht bei den Lohnstückkosten und angeblich überzeugten Sozialpflichten. Sie liegen bei der enorm gestiegenen Produktivität, den rückläufigen Wachstumsraten und den versäumten Konsequenzen für die Arbeitszeit. Auch fehlt es an Binnennachfrage und vorausschauendem Management. „Kapitalisten, hört die Signale!“ überschrieb unlängst die Zürcher Weltwoche einen Leitartikel, der fragte: Wer soll die Waren kaufen, wenn die Bevölkerung immer weniger verdient?

Die Schulden der einen sind die Gewinne der anderen: Jede Schuldenmilizie der öffentlichen Hände macht Bund, Länder und Kommunen abhängiger von den Geldgebern. Kapital ist reichlich vorhanden: Neuneinhalb Tausend Milliarden Mark macht die Summe der persönlichen Vermögen in der Bundesrepublik aus. Die Hälfte davon gehört zehn Prozent der Haushalte. Zugleich wirken angekündigte Massenent-

Einbruch oder Aufbruch?

Anmerkungen zum Schweriner PDS-Parteitag

PDS sei dem Anpassungsdruck bereits unterlegen, treffen die Meinung der Beschlüsse wohl nicht.

In der Diskussion vertrat namentlich Gysi, Menschenrechte seien als Einheit von sozialen und demokratischen Rechten gesellschaftlich zu fixieren. Die alte BRD habe diese Einheit nach der Seite der sozialen Rechte negiert, die frühere DDR nach der Seite der demokratischen Rechte. Gysi machte allerdings nicht klar, ob die jeweiligen Negationen sich aus Denkfehlern der Zeitgenossen erklären oder Ergebnis von Grundstrukturen der modernen Industriegesellschaft waren, die nur durch verändernde Praxis aufgebrochen werden können.

Auf die in wichtigen Randfragen recht kontroverse Diskussion der Leitanträge aus der AG Betrieb & Gewerkschaft und des Frauenforums soll hier nicht eingegangen werden, sondern erst später, wenn die Stellungnahmen der Antragsteller vorliegen.

Schon wegen der großen Anteilnahme des Parteitages herausgehoben ist der von Christa Luft in einer schwungvollen Ansprache begründete Antrag zu einer „sozialen und ökologischen Reform von Steuern und Abgaben“. Sie sagte: „Ist es nicht einleuchtend, daß PDS-Alternativen zum gegenwärtigen System nur dann auf Zuspruch stoßen werden,

wenn wir glaubhaft reproduzierbare Quellen der Finanzierung nachweisen können? Ich denke dabei an solche gesellschaftsstrategischen Vorschläge wie einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor zu schaffen, eine bedarfsoorientierte soziale Grundsicherung einzuführen, die reale Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen, eine zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung zu befördern und die kommunale Selbstverwaltung zu ermöglichen. Gerade für solche Projekte die Gegenfinanzierung darzustellen, ist ein Anliegen dieses Leitantrages.“

Die konkreten Einzelheiten, auf die es hier ankommt, werden uns noch länger beschäftigen. Sicher ist jedoch, daß die PDS sich mit einem solchen Programm auf die vorgefundene Struktur im Sinne verändernder Praxis eingelassen hat.

Die Partei setzt den Hebel Haushaltstrech an; so gewinnt sie die Möglichkeit, sachliche Übereinstimmungen mit anderen Parteien fest- und herzustellen bzw. für ihren Standpunkt zu werben. Sie kann schließlich klarmachen, daß die Maxime „Sozial und solidarisch“ nicht ein frommer Appell ans Gewissen der einzelnen ist, sondern politische Maßnahmen zwecks Änderung der strukturellen Voraussetzungen fordert.

Die Delegierten und die ganze Partei

lassungen wie Siegesmeldungen an der Börse. Sie treiben die Aktienkurse nach oben und machen die Aktionäre zu Profiteuren der sozialen Perspektivlosigkeit der Arbeitslosen. Wer für die Befreiteten nur noch den Zynismus „Sozialneid!“ übrig hat, verhöhnt die Sozialpflicht des Eigentums nach dem Grundgesetz. Die herrschende Politik zerteilt die sozial begründete Republik. In ihrem Polarkreis erstarrt das Eintreten füreinander.

• Wenn Notstand an Arbeit herrscht, muß sie neu und gerecht verteilt werden, durch weitere radikale Verkürzung der Arbeitszeit bei angemessenem Lohnausgleich.

• Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit muß sich an dem Leitbild eines neuen Typs von Vollbeschäftigung für Männer und Frauen orientieren. Die Erwerbsarbeit der Zukunft muß stärker denn je auf gesellschaftlichen Nutzen und ökologische Nachhaltigkeit verpflichtet werden. Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit.

• Wir brauchen den Einstieg in eine ökologische Steuerreform, und wir brauchen Reformen des Sozialstaats, die den Namen verdienen: Die Systeme der sozialen Sicherung müssen armutsicherer gemacht werden. Der historisch-politische Auftrag des Grundgesetzes erfordert angesichts sich ausbreitender Massenarmut eine Stärkung der Prinzipien des Solidarausgleichs und der sozialen Mindestsicherung.

• Statt die „Zwänge“ der deregulierten Güter- und Kapitalmärkte als Schicksal hinzunehmen, brauchen wir eine Regierung, die handelt: Sie muß in der Europäischen Union, der Welthandelsorganisation, gegenüber dem internationalen Währungsfonds und der Weltbank für sozialökologische und demokratische Rahmenbedingungen eintreten.

5. Wie ist das alles finanziert? Einziges Kriterium würde Entscheidender ändern: Steuerehrlichkeit. Die Finanz- und Steuerpolitik muß ihren Kurs korrigieren. Geldtransfers, Gewinne, Groß-Erbenschaften, Vermögen, Spekulationen mit Grund und Boden und Um-

sind sehr offensichtlich von den Erfolgen in einer längeren Reihe von Wahlkämpfen beeindruckt und neigen dazu, die Probleme, die in der Situation stecken, nicht zu besprechen. So wurde das Erfurter Manifest als Beweis der Möglichkeit eines Reformbündnisses unter Einschluß der PDS stark strapaziert, während die Abstandserklärungen der Gremien von SPD und Grünen einfach als unhaltbar bezeichnet wurden. Jedes Anzeichen auf die Chance, hier oder dort an der Regierung irgendwie teilnehmen zu können, wurde herausgehoben, die Anzeichen der Gefahr einer Isolierung aber nicht beachtet.

Es hat aber etwas zu bedeuten, wenn der PDS die Mobilisierung ihres Wählerfeldes nicht gelingt, wenn sie Nachwuchsprobleme hat. Besonders in der Sitzungsdiskussion entstand der Eindruck, die Parteigemeinde wolle diese Probleme durch Straffung und Vereinheitlichung lösen. Der Minderheit gelang es nicht, die praktische Bedeutung eines diskursiven Parteikonzeptes im Zusammenhang der anstehenden Aufgaben darzulegen.

So hat die Partei jetzt eine Satzung, nach der sie leichter von oben nach unten verwaltet werden kann, durch die sie aber von ihrer politischen Umgebung abgelöst wird und in der es schwer fällt, Verbindungen aufzubauen und zu pflegen. Zu einem gleichschaltenden Staat ist es gleichwohl nicht gekommen. Eine starke Partei-

tagsmehrheit wandte sich gegen den Versuch, weltanschaulich bestimmten Plattformen das Recht zu nehmen, Delegierte zum Parteitag zu entsenden.

Wer die Gesellschaft der BRD kennt, kennt die Gefahr des Vorhaltes: Sie wollen eine andere Republik! Es muß hier festgehalten werden, daß die PDS in allen ihren Richtungen durchaus einsieht, daß politisches Handeln nach der Maxime „sozial, solidarisch, alternativ“ zu einer anderen Gesellschaft führt. Die Partei befindet sich auf Konfliktkurs zum vorgefundene Kapitalismus.

Der frühere Schatzmeister und jetzige Geschäftsführer der Partei Dietmar Bartsch sagte in seiner Vorstellung, das 21. Jahrhundert werde das Jahrhundert des Sozialismus. Man halte dies für naiv, röhrend oder überzuckert. Eine Bereitschaft zum Konflikt ist jedoch auch hier eindeutig. Das schafft eine Grundlage für innerparteiliche Solidarität. (maf)



weltzerstörung müssen spürbar stärker besteuert werden. Durch einen gesetzlichen Ausgleich der Lasten zwischen West und Ost, Alt und Jung, Erben und Armen kann die Bundesrepublik um vieles humaner werden. Was in den fünfziger Jahren an Umverteilung gelang, sollte angesichts des Reichtums Hunderttausender und der Vermögen von Millionen nicht wiederholbar sein?

6. Gebraucht wird eine Opposition, die den Wechsel mit allen Kräften will. Sie kann nur aus den bisher getrennten Oppositionskräften entstehen. Kein Nichtberührungsgebot darf sie schrecken, zumal die amtierende Macht sich in eigener Sache keineswegs darum schert: Der Kanzler versichert Reformsozialisten in

men auf neue Weise gerecht werden: sie muß auch in nachhaltig veränderten Zeiten mehr Demokratie wagen.

Von Bündnis 90/Die Grünen fordern wir: Den begonnenen Weg der Überwindung ihrer „Ein-Punkt-Kompetenz“ (Ökologie) fortzusetzen. Sie sollte auch Kontur als soziale Reformkraft gewinnen und den Eindruck widerlegen, sie wolle am Ende die FDP ersetzen. Wer von den Grünen diese Vorstellung absurd empfindet, wird die Mathematik der Mehrheit realistisch sehen. Es gilt, für eine parlamentarische Kraft neben der SPD, die in den ostdeutschen Ländern eindrucksvoll gewählt wird, offen zu sein.

Von der PDS fordern wir: Ihre Posi-

völkerung in ihre Demokratie nicht mehr hinreichend begründen.

Unzählige sagen sich heute: Grundlegendes muß sich verändern. Und viele fragen sich: Wer soll das tun, wenn nicht wir, und wann, wenn nicht jetzt. Wir brauchen ein Bündnis für soziale Demokratie. Lassen wir uns an der Schwelle zum neuen Jahrtausend den Wert von Visionen nicht ausreden, und beginnen wir zu handeln.

Berlin/Erfurt, den 9. Januar 1997

Die Unterzeichnenden:

Prof. Dr. Elmar Altavater; Frank Castorf, Intendant der Volksbühne Berlin; Daniela Dahn, Schriftstellerin; Prof. Dr. Ulrich Duchrow, Landeskirchlicher Beauftragter für Mission und Ökumene; Ulrike Duchrow, Studienrätin; Dr. Dr. Heino Falcke, Probst i.R.; Matthias Freitag, Bezirksvorsitzender der Eisenbahner-Gewerkschaft Thüringen und Sachsen; Prof. Heinrich Fink, Komitee für Gerechtigkeit; Dr. Hans-Jürgen Fischbeck, Physiker; Günter Grass, Schriftsteller; Max von der Grün, Schriftsteller; Stefan Heym, Schriftsteller; Prof. Dr. Rudolf Hikel; Prof. Dr. Walter Jens, Präsident der Akademie der schönen Künste; Dr. Inge Jens, Literaturwissenschaftlerin; Dieter Keip, Pfarrer; Uwe Clemens, Landesvorsitzender HBV Rheinland-Pfalz; Toni Krahl, Rockmusiker; Dieter Lattmann, Schriftsteller; Dr. theol. Gerhard Liedke, Pfarrer; Marion Liedke, Oberstudienrätin; Heiko Liez, Pfarrer; Prof. Dr. Peter von Oertzen, Prof. Dr. Norman Paech; Ulrich Plenzdorf, Schriftsteller; Bodo Ramelow, HBV-Vorsitzender Thüringen; Sepp Rauch, Landesvorsitzender HBV Bayern; Dr. Edelbert Richter, Theologe, MdB; Prof. Dr. Horst Eberhard Richter, Psychoanalytiker; Dr. Erika Runge, Schriftstellerin und Psychoanalytikerin; Herbert Schirmer, Kulturminister a. D.; Gisbert Schlemmer, Vorsitzender Gewerkschaft Holz und Kunststoff; Horst Schmittner, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied IG Metall, Friedrich Schorlemmer, Theologe und Publizist; Prof. Dr. Dorothee Sölle; Frank Spieh, DGB-Vorsitzender Thüringen; Eckart Spoo, Journalist; Prof. Dr. Uwe Wessel; Gerhard Zwezen, Schriftsteller, MdB.

Kontaktdaten:

Erfurter Erklärung; c/o Kulturverein Mauernbrechen e.V.; Juri-Gagarin-Ring 150; 99084 Erfurt; Fax 0361 6599899; Tel.: 0361 5901399

Erfurter Erklärung Bis hierher und nicht weiter

Verantwortung für die soziale Demokratie

Osteuropa seiner Freundschaft. Im Inneren der Republik sind Reformsozialisten für ihn der böse Feind, obwohl seine Regierung 1990 und 1994 mit Kadern der vier früheren SED-Schwesterpartenie die Mehrheit errang. Allzu schnell hat sich die veröffentlichte Meinung darüber hinwegtäuschen lassen. Wir brauchen eine Regierung, die ohne inneres Feindbild regiert. Das Gut-Böse-Schema aus der Zeit der Systemkonfrontation kann das Vollenden der Einheit nicht leisten.

Von der SPD fordern wir: Mut zur Opposition auf ganzer Linie. Die Mehrheit der Bevölkerung traut ihr mehr Gerechtigkeit zu, aber noch nicht die Entschlossenheit zur Macht, sie auch zu verwirklichen. Die sozialdemokratische Mehrheit im Bundesrat überträgt ihr eine zwiespältige Rolle, weil nur zu oft der Eindruck einer großen Koalition entsteht. Die SPD muß ihrer Herkunft als Partei der sozialstaatlichen Refor-

mationen zum historisch gescheiterten Sozialismusmodell weiter zu klären. Es geht nicht um Demutsgesten und den Verzicht auf antikapitalistische Strömungen. Es geht um demokratische Zuverlässigkeit bei aller Entschiedenheit, eine demokratisch-sozialistische Kraft im Spektrum der Parteien zu sein.

An alle drei Parteien: Sie dürfen der Verantwortung nicht ausweichen, sobald die Mehrheit für den Wechsel möglich wird. Lassen Sie niemand im Zweifel, wie schwierig es sein wird, Kompromisse einzugehen und dennoch die eigene Unverwechselbarkeit zu bewahren. Gleichzeitig die Kraft für neue Konzeptionen, Theorie und Vision aufzubringen, erfordert Toleranz in den eigenen Reihen.

7. Wir brauchen eine andere Regierung. Ein neuer gesellschaftlicher Aufbruch kann die Mehrheit in Bonn und für Berlin verändern. Parteidemokratische Politik allein kann das Vertrauen der Be-

Am 21. Oktober 1996 erklärte der niedersächsische Innenminister Glogowski in einem Gespräch mit der Transportfirma Gesellschaft für Nuklearservice (GNS), das Land sei angesichts der 352.000 Überstunden von Polizeibeamten, die allein in Niedersachsen durch die Castortransporte aufgelaufen sind, vorerst nicht in der Lage, für die Sicherheit des geplanten Castor-Dreierpacks aus dem schwäbischen Neckarwestheim und dem bayrischen Grundremmingen nach Gorleben zu sorgen. Fazit: Kein Transport mehr vor dem Frühjahr 1997.

Inzwischen haben sich die Umweltminister von Bund und Ländern aus der Diskussion um Castortransporte und die weitere Nutzung der Kernenergie verabschiedet. Aber auf der Innenministerkonferenz am 21. November 1996 stand das Thema ganz oben auf der Tagesordnung. Glogowski und Kanther haben das Heft in die Hand genommen. Ihnen geht es allein darum, zu beweisen, daß sich der (Atom-)Staat sein Handeln nicht von der Straße diktieren läßt. Mit der Forderung nach einem „Castor-Sechserpack“, angeblich, um die Kosten zu senken, soll am nächsten Tag X bewußt eine Situation geschaffen werden, die nicht mehr beherrschbar ist, um dann mit brutaler Gewalt alles platt zu walzen, was sich dem entgegenstellt. Parallel läuft eine beispiellose Diffamierungskampagne in den Medien gegen angebliche „Anti-Atom-Terroristen“. Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz bereiten mit absurdem Behauptungen, die darin gipfeln, Kernenergiegegner würden Anschläge auf AKW's planen, die öffentliche Meinung auf den nächsten Tag X vor. Psychologische Kriegsführung. Nicht mehr und nicht weniger (siehe auch die Kurz-Meldungen).

Plutoniumwirtschaft oder mehr Zwischenlagerung?

Unter dem Deckmantel der sachlichen Diskussion kennt die Absurdität der vorgetragenen Argumente keine Grenzen mehr, wenn es um den allzu erfolgreichen Widerstand um Gorleben geht. Carl Christian von Weizäcker, Direktor des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Uni Köln, und ausgewiesener Atomkraftbefürworter, forderte einen Tag nach der Absage des Castor-Dreierpacks nach Gorleben in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* einen „Entsorgungskonsens“ in Deutschland, weil sonst „als Ausweg nur die Wiederaufarbeitung in Frankreich oder England bleibt.“

Leider hat selbst der exponierte Atomkraftgegner Michael Sailer diese Ursachen-verdrehende Position übernommen. Beim Ökoinstitut Darmstadt zuständig für Reaktorsicherheit, fühlt auch er sich berufen, in einem Gespräch mit dem Wochenmagazin *Focus* die Gorleben-Gegner vor den Folgen ihres Tuns – sprich ihres Widerstandes gegen die Castor-Transporte – zu warnen. Sailer: „Es funktioniert nicht, das Nadelöhr der Entsorgung für die Atomindustrie versperren zu wollen, wenn nebenan die breite Autobahn nach La Haye besteht.“

Der Vorwurf ist so falsch, wie die ganze Diskussion. Beide Protagonisten haben sich in den Denkmustern der Energieversorgungsunternehmen (EVUs) verfangen und den einzigen möglichen Weg aus der Sackgasse völlig aus den Augen verloren: Den Ausstieg aus der Atomenergie.

Es geht ums Geld bei EVU und Cogema

Bis 1994 galt die Wiederaufarbeitung als alleiniger Entsorgungsweg. In dem

dann verabschiedeten Artikelgesetz wurde die direkte Endlagerung der Wiederaufbereitung gleichgestellt. Da es kein Endlager gibt, mußte die Zwischenlagerung zur de facto Endlagerung erhoben werden. Seitdem stehen den EVU's zwei Entsorgungswege offen, die in Wirklichkeit mit Entsorgung nichts zu tun haben. Die französischen WAA-Betreiberfirma Cogema hatte damit ihre Monopolstellung verloren. Jetzt müßten die deutschen EVU's nur noch beweisen, daß die Einlagerung gegen den Widerstand der Bevölkerung in das Zwischenlager Gorleben möglich ist. Damit würden sie in den Preisverhandlungen mit dem einstigen Monopolisten einen Trumpf in der Hand halten. Dieser Beweis sollte mit den beiden Transporten 1995 und 1996 nach Gorleben angetreten werden. Auch der Glaskokil-

bunden. Nur deshalb können sie unter der Hand über die langfristige Lagerung deutschen Atommülls in Frankreich überhaupt verhandeln. Die Katze beißt sich in den Schwanz, es geht um Geld, auf Kosten der Sicherheit der Bevölkerung. Trotzdem hält sich die Mär von „völkerrechtlichen Bestimmungen“ hartnäckig, weil es gilt, den tobenden Preiswahlkampf zwischen den EVU's und der Cogema zu kaschieren.

Mit dem Widerstand gegen Castortransporte nach Gorleben und künftig auch nach Ahaus, mit dem Verstopfen des Nadelöhrs Entsorgung in Deutschland, wird die Verhandlungsposition der EVU's gegenüber den Betreiberfirmen in La Hague und Sellafield nachhaltig geschwächt. Eine Zwischenlagerung oder gar Wiederaufarbeitung in Frankreich wird teurer, weil die Cogema die

hilfreich sein. Die alte Forderung des niedersächsischen Ministerpräsidenten Schröder, der noch 1980 selbst in Gorleben beim legendären Hüttdorf auf Bohrloch Nr. 1004 dabei war und lange Zeit für Ausstieg aus der Atomenergie plädierte, hat sich in eine Option für ein sogenanntes „burden sharing“ gewandelt. Die Frage nach der weiteren Nutzung der Kernenergie wird ausgeschlagen! Das bedeutet im Klartext: Ein „Entsorgungskonsens“ sichert den Energieversorgungsunternehmen den Weiterbetrieb ihres lukrativen und gefährlichen Geschäfts mit dem Atomstrom. Die Einrichtung weiterer Zwischenlager ist nur eine Verschiebung des eigentlichen Problems, der bis heute ungelösten Frage der Entsorgung radioaktiver Abfälle. Mit einem solchen Konzept, wie ihm auch Michael Sailer zustimmt, können die EVU's ganz im Sinne der Gewinnmaximierung getreu ihres insgeheimen Mottos „legal, illegal, scheißegal“ machen, was sie wollen. Da machen die Atomenergiegegner doch hoffentlich nicht mit!

Der Greenpeace-Atomexperte Dr. Helmut Hirsch zog vergangene Woche in einer Pressekonferenz zu den Strahlengefahren durch Neutronenstrahlung, die von Castortransporten für Bevölkerung, Polizei und Begleitpersonal ausgehen, folgenden Schluß aus der momentanen Lage: „Der Atommüll muß an den Standorten in den Lagerbecken der Atomkraftwerke bleiben. Spätestens, wenn diese voll sind, muß das jeweilige AKW abgeschaltet werden. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist überfällig. Umweltfreundlichere, sichere und wirtschaftlichere Formen der Energieerzeugung sind möglich.“ Ohne den entsprechenden Druck von der Straße werden sich die Energieversorger dieser Einschätzung kaum anschließen.

Kontakt:

Büro der Bürger-Initiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V., 29439 Lüchow, Drawehner Str. 3, Tel: 0 58 41 - 46 84, Fax: 0 58 41 - 31 97. Internet: <http://www.uni-lueneburg.de/gast/LIgA.html>. Spendenkonto: Kreissparkasse Lüchow, Konto 2 060 721, BLZ 258 513 35.

Lüneburger Initiative gegen Atomanlagen, 21335 Lüneburg, Katzenstraße 2, Tel: 0 41 31 - 4 85 99.

Die Bäuerliche Notgemeinschaft möchte sich gerne durch eine Trecker-Solidar-Aktion in Höhe von je 50 DM unterstützen lassen, um bei Blockaden entstandene Reparaturkosten von inzwischen insgesamt 30.000 DM begleichen zu können.

Kontakt: Tel: 0 58 44 - 16 94, Fax: 0 58 44 - 4 14, Spendenkonto Kreissparkasse Dannenberg Kto. 8 904 - BLZ 258 513 35.

Die „Gorleben-Rundschau“ erscheint monatlich und wird herausgegeben von der BI Lüchow-Dannenberg e.V., Redaktion: Mathias Edler. Sie kann dort bestellt und abonniert werden für 20 DM/Jahr, 10 Stück für 50 DM/Jahr (in Form von Bargeld, Briefmarken oder Scheck).

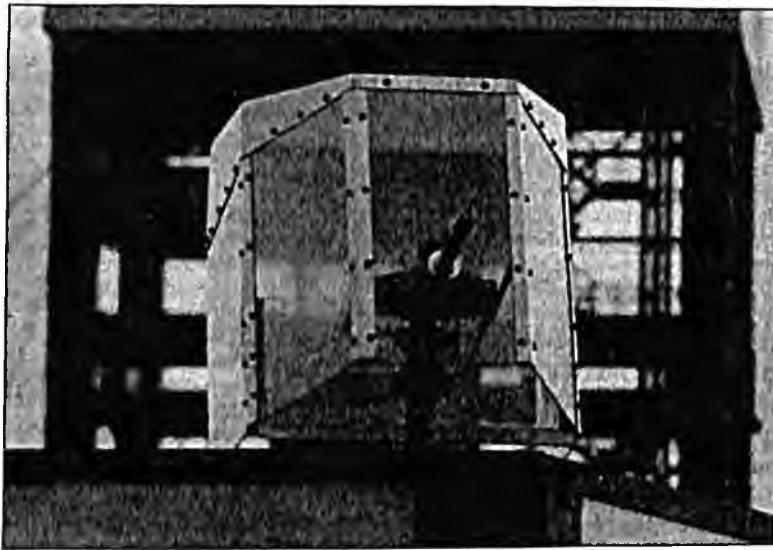
Termine:

8. Februar: Überregionale Demo mit bundesweiter Beteiligung in Berlin unter dem Motto „Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen weltweit!“

15. Februar: Schienenaktionstag im Wendland

21.-22. Februar: Internationales Frauencamp im Wendland

22. Februar: 20 Jahre Widerstand im Wendland mit diversen Veranstaltungen, einem Kinder- und Erwachsenenfest.



Castor im „Sechserpack“

Edda Lechner über Entsorgungs-Vorstellungen von rechts und links

Dieser Artikel stützt sich bis auf einige kleine Änderungen und Kürzungen auf einen Artikel in der „Gorleben-Rundschau“ 11/96 und eine Ergänzung aus 12/96. Er befaßt sich mit der augenblicklichen Lage zum bevorstehenden, vermutlich im März 1997 stattfindenden Castor-Transport, mit dem sich gegen diesen erneuten Tag X formierenden Widerstand und der Auseinandersetzung, die unter den Atomkraft-Gegnern zu diesem Thema gegenwärtig geführt wird.

len-Rücktransport aus La Hague nach Gorleben hatte nur den Zweck, die Verhandlungsposition der EVU's mit der Cogema um – möglichst günstige – Preise für die Zwischenlagerung in Frankreich zu stärken. Als erstes Energieunternehmen hat die Preußen Elektra mit dieser Vorgehensweise zum Jahresende erreicht, was sie wollte: deutscher Atommüll darf bis zum Jahr 2015 ohne Wiederaufbereitung bei der Cogema in La Hague lagern. Die Wiederaufarbeitung wurde nur noch als Option – „Endlagerkonzept Pazifik“ – erwähnt. Weitere EVU's werden diesem Beispiel folgen.

Die Einlagerung in Gorleben wird damit um einiges mehr zur Farce, wenn in La Hague ein langfristiges, großes Zwischenlager zur Verfügung steht!

Völkerrechtliche Verträge? Ein Bluff!

Die „völkerrechtlichen Verträge“, welche Deutschland angeblich zur Rücknahme der Abfälle aus der Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente verpflichten, existieren in der Form überhaupt nicht. Die Verträge besagen lediglich, daß die beteiligten Staaten die Abmachungen zwischen den beteiligten Privatfirmen nicht behindern sollen. Den beiden Firmen wird damit freie Hand gelassen, sie sind an nichts ge-

Preise diktieren kann. So teuer, daß endlich ernsthaft über ein Ausstiegsszenario nachgedacht wird. Geld scheint in diesem Fall alle anderen Argumente um Längen zu schlagen.

Ausstieg statt Entsorgungskonsens!

So oder so! „Castor Stop“ heißt „Atomkraft Stop“ und nicht Einstieg in die Wiederaufarbeitung. Die Lagerkapazitäten für abgebrannte Brennelemente sind in keinem der 15 bundesdeutschen AKW's ausgeschöpft. Wenn trotzdem transportiert und wiederaufgearbeitet wird, soll damit im voraus Platz in den Lagerbecken der AKW's geschaffen werden, um einen langfristigen Weiterbetrieb zu sichern. Das kann nicht Ziel der Anti-AKW-Bewegung sein. Im übrigen werden Transporte nach Frankreich von Atomkraftgegnern blockiert.

Von einen Energiekonsens zwischen den verschiedenen Parteien ist schon lange nicht mehr die Rede. Die neue Zauberformel heißt „Entsorgungskonsens“. Der Name ist Programm: Wir eignen uns darauf, wo der angefallene Müll aus deutschen Atommeilern „zwischen“ gelagert wird. Allerdings müssen die Lasten auf die Bundesländer gleich verteilt werden. Dazu könnte ein weiteres Zwischenlager in Süddeutschland



Stationen der deutsch-tschechischen Geschichte. Bild linke Seite: Der Friedhof in Theresienstadt. Bild rechte Seite: Die Prager Bevölkerung begrüßt am 9. Mai 1945 ihre Befreier.

Eine Antwort auf die deutsch-tschechische Erklärung

Kommunisten wenden sich an die Unterzeichnermächte des Potsdamer Abkommens

Mit folgendem Brief wandten sich der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens, Miroslav Grebenicek, und der Fraktionsvorsitzende der Kommunisten im tschechischen Parlament, Vojtech Filip, an die Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Frankreich und Rußland in Prag:

Prag, den 10. Januar 1997

Exzellenz,
wie Ihnen sicherlich bekannt ist, soll demnächst die Tschechisch-deutsche Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung unterzeichnet werden. Juristisch handelt es sich dabei nicht um ein internationales Abkommen, sondern um eine politische Erklärung, in der beide Seiten ihre Absicht erklären, in ihren gegenseitigen und sonstigen Beziehungen eine bestimmte Politik anzuwenden. Aufgrund ihres offiziellen Charakters zieht eine politische Erklärung dieser Art jedoch unweigerlich Schlüssefolgerungen und Konsequenzen nach sich, die über die eines informellen Dokuments hinausgehen. Dazu gehören auch juristische Konsequenzen.

Die Mitglieder des tschechischen Parlaments werden einen angemessenen Weg finden, um ihrer Ansicht über das genannte Dokument Ausdruck zu verleihen. Gleichzeitig halten wir es jedoch für unsere Pflicht, Ihre Aufmerksamkeit auf diejenigen Konsequenzen der Erklärung zu lenken, die direkt oder indirekt über den Rahmen bilateraler Beziehungen hinausgehen und gültige Abkommen sowie die politischen Positionen anderer Länder, insbesondere solcher Länder, die seinerzeit der Antifaschistischen Koalition (im Deutschen meist: „Anti-Hitler-Koalition“ – Anm. d. Ü.) angehörten, schwerwiegend verletzen und die internationale Nachkriegsordnung angreifen.

Wir verstehen vollkommen, daß die internationale Situation der Bundesrepublik Deutschland heute ganz anders ist als die Deutschlands in der zweiten Hälfte der 40er Jahre, nach seiner Niederlage im Krieg. Auch die Position der heutigen Tschechischen Republik unterscheidet sich von der Position der Nachkriegs-Tschechoslowakei, die einen integralen Teil der Antifaschistischen Koalition darstellte. Wir vergessen auch niemals, daß Deutschland unserer Nachbar ist und immer sein wird und

dafür im nationalen Interesse der Tschechischen Republik liegt, gute nachbarschaftliche Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland zu unterhalten. Natürlich wollen wir, daß diese Beziehungen auf stetigem Respekt für die Prinzipien der vollen Gleichberechtigung beider Seiten, der Souveränität, der territorialen Integrität, der Unverletzlichkeit der Grenzen, des gegenseitigen Verständnisses, des Respekts und der Toleranz sowie für die Prinzipien der Demokratie und der Menschenrechte und der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten des jeweils anderen Landes basieren. Wir sind überzeugt, daß die Etablierung tschechisch-deutscher Beziehungen auf der Grundlage dieser Prinzipien den Anforderungen der UN-Charta und anderer internationaler Dokumente, insbesondere denen der KSZE bzw. OSZE, entspricht und daß dies ein wertvoller Beitrag nicht nur zur Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen, sondern auch zur gesamteuropäischen Zusammenarbeit und Sicherheit wäre. Es war immer unser Wunsch, in die Zukunft zu sehen. Dies erfordert natürlich gleichzeitig Respekt vor der Geschichte, einschließlich der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegsordnung in Europa.

Der vorgeschlagene Text der Erklärung, der bereits paraphiert wurde, erfüllt ganz gewiß diese Kriterien nicht. Wir möchten Ihre Aufmerksamkeit wenigstens auf einige der wichtigsten Fragen lenken, die nicht nur bilaterale Beziehungen betreffen, sondern wichtige juristische und politische Fragen in Zusammenhang mit den internationalen Beziehungen anderer Länder in der Nachkriegszeit betreffen, die zu repräsentieren Sie die Ehre haben. Wir stützen uns dabei auch auf Stellungnahmen prominenter tschechischer Juristen, die wir konsultiert haben.

Die Erklärung kritisiert und verurteilt Maßnahmen, die nach 1945 von der Tschechoslowakei durchgeführt wurden, und da diese Maßnahmen den Maßnahmen anderer Mitglieder der Antifaschistischen Koalition entsprechen, bezieht sich diese Kritik auch auf diese Staaten. In Zusammenarbeit mit dem Alliierten Kontrollrat führten Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn ordnungsgemäß und uneingeschränkt die notwendigen Schritte und Maßnahmen durch, um eine ordnungsgemäß Umstreuung der Deutschen in ihren Ländern vorzunehmen, wie es bei der Pots-

damer Konferenz beschlossen worden war. Sie erfüllten damit gemeinsam und als einzelne ihre Verpflichtungen. Sie haben sich daher auch in keiner Weise irgendeines illegalen Verhaltens schuldig gemacht und tragen infolgedessen auch keine internationale juristische Verantwortung gegenüber Deutschland oder seinen Bürgern. Das Abkommen über die Umsiedlung der Deutschen war und ist eine internationale Angelegenheit und ein Akt, bei dem keine der Vertragsparteien berechtigt ist, allein oder zusammen mit einer anderen Partei, etwas hinzuzufügen, zu verändern oder gar zu widerrufen.

Der vorgeschlagene Text der Erklärung enthält darüber hinaus eine Einschätzung der Kriegs- und Nachkriegsereignisse und der Verantwortlichkeit der beteiligten Parteien, die ihrer Wortwahl und ihrem Inhalt nach dem Potsdamer Abkommen widerspricht. Die Erklärung steht somit im Widerspruch zu den Einschätzungen und Schlüssefolgerungen der Alliierten und ersetzt sie durch andere Einschätzungen. Daraus folgt, daß nicht die Nazi-Verbrechen, sondern die von der Tschechoslowakei und den Alliierten getroffenen Maßnahmen verantwortlich dafür waren, daß „unschuldigen Menschen viel Leid und Unrecht zugefügt wurde“. Wir vertreten die Auffassung, daß weder Deutschland noch die Tschechische Republik in irgendeiner Weise berechtigt sind, das Potsdamer Abkommen zu revidieren oder in Frage zu stellen. Aus diesem Grunde kann man die Erklärung nur als einen Versuch verstehen, einen Keil in das System der europäischen Nachkriegsordnung zu treiben und die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs zu revidieren.

Die Erklärung wirft auch verschiedene eigentumsrechtliche Fragen auf. Im Pariser Abkommen über die deutschen Reparationen vom 21. Dezember 1945 wurde festgehalten, daß „jede unterzeichnende Regierung in einer von ihr selbst gewählten Form dafür sorgen wird, daß deutsches Feindeigentum ihrer eigenen Jurisdiktion unterstellt bleibt ... um zu verhindern, daß es wieder zu deutschem Eigentum wird oder unter deutsche Kontrolle gerät“. Auf diese Weise gingen die Regierungen der interessierten Staaten vor, auch die Regierung der Tschechoslowakei. Das Vorgehen der tschechoslowakischen Regierung anzuzweifeln bedeutet daher in der Praxis, auch die Maßnahmen der an-

deren Länder anzuzweifeln, und stellt somit einen Versuch dar, die allgemeine Anerkennung der Legitimität dieses Vorgehens in Zweifel zu ziehen. Auch die Tatsache, daß der Text der Erklärung die allgemeine Anerkennung der Null- und Nichtigkeit des Münchener Abkommens (welches von der Wiener Konvention als ungültig von Anfang an betrachtet wurde) ignoriert, stellt de facto den Versuch dar, ein Prinzip zu umgehen, daß schon im Tschechisch-deutschen Vertrag von 1973 anerkannt wurde.

Der Text der Erklärung greift auch den juristischen Akt an, durch welchen die Tschechoslowakei – ebenso wie eine Reihe anderer Länder – die Legitimität des Widerstands gegen das Terrorregime der Nazis anerkannte, ohne damit gleichzeitig Gewaltakte aus anderen, weniger ehrenhaften Gründen zu legitimieren. Andererseits distanziert sich die Erklärung in keiner Weise von Hitlers Dekret vom 9. Juni 1939, durch das alle Handlungen legitimiert und straffrei gestellt wurden, „die dem Kampf für die Erhaltung des Deutschtums im Sudetenland oder der Rückgewinnung dieses Gebietes für das Reich“ dienten. Dies ist ein bislang noch nicht dagewesener Versuch, den Charakter der Widerstandsbewegung gegen die Nazis ins Zwielicht zu ziehen und umgekehrt Gewaltakte zu vergeben. Zu dieser Kategorie gehören auch die offenen Drohungen der Führung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die die tschechische Regierung vor dem Versuch gewarnt hat, die Signatarmächte des Potsdamer Abkommens zur Unterstützung anzufrufen.

Eure Exzellenz, wir bitten Sie, diesen Brief an Ihre Regierung weiterzuleiten, zusammen mit unserer Bitte, der angeprochenen Angelegenheit die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Miroslav Grebenicek,
Vorsitzender der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens

Vojtech Filip,
Vorsitzender der Fraktion der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens im Parlament der Tschechischen Republik.

(Englische Fassung in Postmark Praha, Nr. 153 vom 13.6.97; Übersetzung aus dem Englischen: Renate Hennecke)

Die Verhandlungen der zapatistischen EZLN mit der mexikanischen Regierung stocken

ZapatistInnen:
Die Vorschläge der Regierung für eine Verhandlungslösung sind „Hohn“

(Mexiko-Stadt, den 13. Januar 1997 – Poonal).

Nach harten Worten der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) wird in Mexiko nach Wegen gesucht, den seit September vergangenen Jahres stockenden Verhandlungsprozeß mit der Regierung nicht völlig scheitern zu lassen. Die ZapatistInnen hatten am Samstag den drei Wochen zuvor von Präsident Zedillo unterbreiteten Vorschlag für Verfassungsreformen hinsichtlich der Indigena-Gesetzgebung als „infamen und unverschämten Hohn“ zurückgewiesen, der die zuvor in dem chiapanekischen Ort San Andrés getroffenen Vereinbarungen verleugne. Die Regierungshaltung wurde dabei von den Aufständischen als „rassistisch, ethnozentratisch und diskriminierend“ charakterisiert. Eine solch heftige Reaktion hatten die wenigsten erwartet. Nachdem Mexikos Präsident den Vorschlag der vermittelnden Parlamentarierkommission Cocopa im Dezember persönlich zur Weiterleitung an die EZLN übergeben hatte und vor wenigen Tagen sieben mutmaßliche ZapatistInnen nach zwei Jahren Haft in der Revisionsverhandlung freigesprochen wurden, deuteten die Zeichen auf ein gutes Klima für weitere Verhandlungen.

Die wenigsten dürften allerdings auch mit einem so mageren Angebot der Regierung gerechnet haben. Der bis zum vergangenen Samstag geheimgehaltene Entwurf für eine neue Indigena-Gesetzgebung bleibt in vielen Punkten hinter dem Kompromißvorschlag zurück, den die Cocopa erarbeitete. Dessen Vorstellungen waren von den ZapatistInnen im Gegensatz zur Regierung



im letzten Jahr gutgeheißen worden. Im Mittelpunkt befinden sich sieben Verfassungartikel, in denen mit unterschiedlicher Gewichtung Autonomierechte der indigenen Bevölkerung in territorialer, rechtlicher, politischer, sozialer und kultureller Hinsicht behandelt werden. In keinem Fall geht es dabei um die Loslösung vom mexikanischen Staat. An vielen Stellen, an denen die Cocopa für konkrete Bestimmungen im Verfassungstext selbst eintritt, zieht die Regierung Ausführungsgesetze vor. Dies ist ein wesentlicher Kritikpunkt der ZapatistInnen. An anderen Stellen schwächt die Regierungsversion ab oder lässt Interpretationen zu, die im Text der Cocopa nicht aufkommen können. Das mexikanische Innenministerium verweist in einer Rechtfertigung darauf, die „nationale Einheit“ dürfe nicht aufs

Spiel gesetzt werden. Die EZLN dagegen beklagt den Versuch, „Reservate“ zu formen. Das Gespenst einer „Balkanisierung“ des Landes werde gerade durch die Regierungsposition heraufbeschwört.

Die Blicke ruhen nun weniger auf den ZapatistInnen und der Regierung, sondern auf der Cocopa. Die in ihr vertretenen Senatoren und Abgeordneten können nach wie vor ihren eigenen Vorschlag zur Abstimmung in den mexikanischen Kongreß einbringen. Er gewinnt dadurch an Rückhalt, daß die Cocopa-Mitglieder aus allen vier im Parlament präsenten Parteien kommen und den Gesetzesentwurf gemeinsam erarbeiteten.

Die Mitglieder der regierenden Revolutionären Institutionellen Partei (PRI), die den Entwurf mittrugen, dürfen von

ihrer Regierung und dem Präsidenten enttäuscht sein. Ob sie jedoch auf direkten Konfrontationskurs gehen werden, muß sich in den kommenden Tagen herausstellen.

Große Teile der Öffentlichkeit fordern sie dazu auf. Sei es, weil sie wie die Nationale Vermittlungskommission (CONAI) unter dem Vorsitz von Bischof Samuel Ruiz, den Cocopa-Entwurf für richtig halten oder sei es, weil sie wie der nicht besonders zapatistfreundlich eingestellte Zeitungskommentator Héctor Aguilar Camín eine Chance für das Parlament sehen. Letzterer spricht angesichts der realen Gesetzgebungspraxis von der historischen Gelegenheit, daß die Vertreter des Volkes „erstmals ihr Gesetz gemacht hätten“. Zumindest das Parlament hätte dann einmal seine Autonomie erreicht.

Nicht alle waren so gerührt wie Nicaraguas scheidende Präsidentin Violeta Chamorro. Während der offiziellen Amtsübergabe an den rechtsgerichteten Arnoldo Alemán wischte sie sich ein paar Tränen aus den Augen. Die SandinistInnen dagegen, Hauptgegner von Alemán, nahmen aus Protest gegen die Unregelmäßigkeiten bei den Präsidentschaftswahlen vom 20. Oktober 1996 nicht an der Zeremonie teil.

Für sie ist der neue Staatschef nach den Worten ihrer führenden Persönlichkeit Daniel Ortega nur ein „De facto-Präsident“ ohne wirkliche Legitimität. Vor Monatsfrist hatte Ortega die neue Regierung, die sich auf die drei Parteien der Liberalen Allianz stützt, bereits als „verfaulte Frucht“ bezeichnet. Trotz der starken Worte ist die

Nationale Sandinistische Befreiungsfront (FSLN), die von 1979 bis 1990 das Land regierte und auch in den vergangenen sechs Jahren als stärkste Kraft im Parlament erheblichen Einfluß ausüben konnte, in der Defensive.

Die Aufwertung von Alemáns Amtsantritt durch die Anwesenheit von sieben lateinamerikanischen Staatsprä-

sidenten und Delegationen aus 80 Ländern ist dafür nur ein äußeres Zeichen. Entscheidend sind die geänderten Machtverhältnisse im Land selbst.

So versuchten die SandinistInnen, mit ihrer Bündnismehrheit im alten Parlament noch eine Reihe von Dekreten und Gesetzen zu verabschieden, die die Position der Abgeordneten gegenüber der Regierung stärken sollten. In einer Reihe von Sitzungen, die von den

sende verabschiedeten 23 Verordnungen und 58 Gesetzen für ungültig. Diese Entscheidung wird von den Sandinisten und Abgeordneten einiger kleinerer Parteien als Kompetenzüberschreitung und Verfassungsverletzung angesehen. Sie werden jedoch nicht verhindern können, daß das neue Parlament über dieselben Themen möglicherweise anders abstimmen wird. Dort haben die SandinistInnen 37 Sitze, die Libe-

dick), wie der 50jährige Alemán wegen seiner Leibesfülle auch genannt wird, relativ sicher fühlen. Er und seine rechtskonservative Regierung könnten versucht sein, die letzten Spuren der sandinistischen Revolution, die die Vorgängerregierung von Violeta Chamorro nicht beseitigen konnte, auszulöschen.

Seine Gegner fürchten im schlimmsten Fall die Rückkehr in die Zeiten des Diktators Somoza. Doch in seinen Erklärungen vor und während der Amtseinführung hat sich Alemán vorerst gemäßigt geäußert. Den SandinistInnen machte er zumindest indirekte Gesprächsangebote. Wenn er, wie gegenüber der Öffentlichkeit angekündigt, wirklich gegen Arbeitslosigkeit und Elend in Nicaragua angehen und die Demokratisierung fördern will, muß er eine weitere Polarisierung der Gesellschaft vermeiden.

Angesichts von 60 Prozent Arbeitslosigkeit, 80 Prozent Armut und fünf Milliarden US-Dollar Auslandsschulden könnte sich selbst ein Gordoman sonst schnell verheben.

(Mexiko-Stadt, den 10. Januar 1997, Poonal).

„Gordoman“ tritt sein Amt an

Schwere Zeiten für die SandinistInnen in Nicaragua

Mitgliedern der Liberalen Allianz boykottiert wurden, sprach sich das Parlament unter anderem das Recht auf die Ernennung der Zentralbankföhrung und des Bundesstaatsanwalts zu. Außerdem wollte es die Landverteilungen unter den sandinistischen Regierungen als nicht mehr revidierbar garantieren. Doch der Oberste Gerichtshof Nicaraguas gab am 7. Januar der Beschwerde von Abgeordneten aus Alemáns Lager recht.

Das Gericht erklärte die zum Jahre-

rale Allianz verfügt über 41 Sitze. Die zusammen 16 Abgeordneten anderer Parteien werden zu wechselndem Abstimmungsverhalten neigen. Dabei dürfte es dem Regierungsbündnis leichter fallen, eine Mehrheit zu finden, als der Nationalen Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN). Die Wahl des Liberalen Iván Escobar Fornos zum Parlamentspräsidenten ist dafür bereits ein Indiz.

Zu Beginn seiner fünfjährigen Amtszeit kann sich „Gordoman“ (gordo =

Mobutu zurück, Opposition wankt

Frankreich hilft mit Militärs gegen die Aufständischen

Es geht alles seinen Gang in Zentralafrika: keine größeren Fluchtbewegungen mehr, keine unmittelbare Siegchance für die Kämpfer in Ost-Zaire, also keine internationale Aufmerksamkeit.

Kaum war der dienstälteste Diktator von Frankreichs Gnaden kurz vor Jahresende auf seinen Landsitz nach Gbadolite zurückgekehrt, ging es voran mit der Ordnung in seinem Land. Erstmal wurde die Notenpresse (in München!) beauftragt, die Inflation ordentlich anzuhiezen, neue Scheine zu drucken. Damit könnte das marodierende Militär bei Laune gehalten werden. Diejenigen Oppositionskreise, die bislang „energisch“ gegen die Ausbeuter des Landes gekämpft hatten, ließen sich in eine „nationale Krisenregierung“ einfangen.

Die beiden großen Familien sitzen mit Mobutu wieder in einem Boot. Der Chef der UDPS wäre gerne dabei, ihm war aber die Auswahl nicht passend. Ein anderer, der vor knapp 1 1/2 Jahren noch eine große, blutig endende Demonstration gegen Mobutu initiierte, Gizenga von der PALU, zerteilt sich nicht, die Aufständischen im Osten Zaire als nationale Bedrohung vehement zu verurteilen, sogar die Jugend des Landes aufzurufen, sich bereit zu halten, das Vaterland gegen die ausländische Einmischung dieser „Horden“ zu verteidigen.

Die Menschenrechtsverletzungen, gegen die die gesamte Oppositionsbewegung aufzutreten vorgibt, gehen in erhöhtem Tempo weiter. Nach Informationen einer in Kanada ansässigen Missionsgesellschaft werden nach wie vor Politiker, Journalisten, Rechtsanwälte, Mitarbeiter von NGO's und andere verfolgt. Das scheint der Alltag in Zaire zu sein. Die Lebensverhältnisse (Preise und Löhne) driften weiter auseinander.

Für die Aufständischen zeigen sich Probleme in der Mobilisierung der Bevölkerung gegen die Zentralregierung. Es wird berichtet, daß zwar der Frust über die Verhältnisse hoch ist, zugleich die ethnischen und regionalen Differenzierungen keine stabile Kraft zulassen; man bewegt sich lieber in einem Stadium der „Nicht-Organisation“, weder für die eine noch für andere Seite, d.h. sich zu beiden Fronten hin die Türen offen zu halten. Dies macht die Frage des ADLF, auf wen sie sich stützen kann, nicht einfacher.

Und die NATO-Interessen? Noch bevor sich die Gönner Mobutus verständigen konnten, wer welche Armee unter welchem Befehl ins Land schicken dürfe, hatte sich diese Frage von selbst erledigt. Differenzen zwischen amerikanischen Interessen und der französischen Kolonialmacht bilden den Hintergrund dieser „Unentschlossenheit“. Frankreich konnte den anderen nicht begreiflich machen, warum Mobutu unter allen Umständen gehalten werden sollte. Also versuchten sie (erneut), eigene Wege zu gehen und ihre vitalen Interessen unmittelbar wahrzunehmen.

Und sie geben vor nichts zu wissen, wenn ehemalige Kader der französischen Armee, zusammen mit kurzfristig trainierten Truppen und Söldnern, ihre Operationen im Osten des Landes gegen die Aufständischen bewegen organisieren.

Dies sei keine Intervention, lassen sie erklären, gerade dies ist es aber. Am Beispiel der französischen Militäroperationen in Burundi demonstriert die Regierung, daß ihnen diese Art von Einflußnahme immer, noch am sichersten erscheint. So muß Mobutu einen Teil seiner Reichtümer an die französische Haarmacht abtreten, um noch ein bißchen überleben zu können. (mc)

Noch mehr vom Weg abgekommen!

Hebron-Abkommen zwischen Arafat und Netanyahu

Der neue Vertragsabschluß zwischen Israels Regierung und der palästinensischen Autonomie-Behörde war wochenlang in den Schlagzeilen gewesen: schaffen sie es oder nicht? Inzwischen haben beide Seiten sich erneut geeinigt, Al Khalil/Hebron wird teilweise geräumt, die israelischen Radikalen dürfen ihr Grab des Patriarchen weiterhin besetzen. Über die weiterreichenden Kontroversen sind mal wieder unverbindliche Absichtserklärungen getroffen worden.

Der Kurs der Verhandlungen hatte es bereits angedeutet; nachdem schon die jetzige Regelung, obwohl in Oslo-II terminlich fixiert, monatelang hinausgeschoben wurde, zeigt sich mit den getroffenen Abmachungen jetzt erneut die Schwäche der palästinensischen Seite.

Während Israel mit der Übermacht der USA im Rücken verhandelt, stehen der palästinensischen Seite lediglich solche dubiosen Partner wie Hussein und Mubarak zur Verfügung, die ihrerseits westliche orientierte Positionen bezogen haben. Die radikaleren Fraktionen der PalästinenserInnen sind schon lange ausmanövriert worden, andere arabische Länder bilden keine Gelegenheit mehr, die Sowjetunion von Ginst spielt keine Rolle mehr.

Daher sind die jetzt erfolgten Vereinbarungen lediglich die immanente Logik der unterschiedlichen Stärke; Israel kann kommandieren, Arafat will auch noch den Rest an Autonomie als Schritt zu einem eigenen Staat interpretieren.

wissen. Das Ergebnis ist: die PLO soll Sicherheit und Ordnung im eigenen Landen garantieren, die Hände von Jerusalem/Al Quds lassen, ihre Charta von israelkritischen Äußerungen reinigen und sich zeitlich immer wieder hinhalten lassen. Erst dann wäre Israel geneigt, einige der palästinensischen Gefangenen freizulassen, vielleicht den Flughafen in Gaza zuzulassen und die beiden Rumpfgebiete Gaza und Westbank über einen Korridor zu verbinden.

Bis dies eintritt, wird pragmatisch gehandelt. Die strategisch arrangierte Siedlungstätigkeit geht nun weiter, die wirtschaftliche Abbindung (= Erpressung) der sogenannten autonomen Gebiete fördert lediglich die weitere Abhängigkeit dieser Gebiete von Israel, die eventuell mögliche eigene wirtschaftliche Aktivität der PalästinenserInnen wird von den Gnaden Israels abhängig bleiben, ein eigenständiger Handel bleibt ferne Zukunftsmusik.

Somit kann von „Osloer Ausverkauf“, wie es die Siedler sehen wollen, keine Rede sein; die Feiern auf palästinensischer Seite in Richtung mehr eigene Staatlichkeit wären maßlos übertrieben.

Alternativen hierzu sind utopisch und können auf der jetzigen Grundlage nicht entwickelt werden. Ihre Voraussetzungen wären soziale und nicht-rassistische Prinzipien einer Gesellschaft, die sich nicht zum Spielball machtpolitischer Jongleure machen läßt. Davon ist die Realität weiter denn je entfernt. (mc)



Kein Unterricht findet zur Zeit in mehr als 10.000 russischen Schulen statt. Die Lehrkräfte streiken und verlangen die Zahlung ihrer seit Monaten ausstehenden Gehälter. Die Regierung will angeblich bis Ende Januar zahlen.

Forum über Neoliberalismus und Globalisierung in Kuba

(Havanna, 14. Januar 1997, *prensa latina-Pool*). Kuba wird vom 6. bis 8. August dieses Jahres in der Hauptstadt ein internationales Forum über Neoliberalismus und Globalisierung veranstalten. Die Idee dazu entstand auf dem Kongress des kubanischen Gewerkschaftsverbandes CTC im vergangenen Jahr, an dem Gewerkschaftsmitglieder aus 49 Ländern als Gäste teilnahmen. CTC-Vorsitzender Pedro Ross erklärte gegenüber dem einheimischen Fernsehen, das Ziel des Treffens im August müsse die Festlegung einer gemeinsamen Position angesichts der Wirtschaftskonzentration, des Vormarsches sozial unverträglicher Wirtschaftsstrategien und der Arbeitslosigkeit in der Welt sein.

Griechenland: 300 Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken

Nach Angaben der Flüchtlingshilfsorganisation PRO ASYL sind bei einem Schiffsunglück über Weihnachten im Mittelmeer 300 Flüchtlinge ertrunken. Die Agenturen meldeten, daß in der Ägäis ein Frachter bei hoher See gesunken ist. 21 Seeleute kamen dabei ums Leben. Nach Recherchen von PRO ASYL waren aber auf dem Frachter auch 460 Flüchtlinge aus Sri Lanka, Indien und Pakistan. „Was genau vorging ist noch unklar. Es wird berichtet, daß man die Einwanderer mit Waffengewalt in die Fluten trieb, so Michael Stenger von PRO ASYL. 51 Tamilen, die in Griechenland in Gefängnissen sitzen, werden noch immer von der griechischen Polizei verhört. Gegen den Kapitän und 3 Besatzungsmitglieder ist wegen Mordes Anklage erhoben worden. Die Bundesregierung und deutsche Behörden scheinen nicht frei von „moralischer Mitschuld“, denn „sie sind die treibende Kraft, Europa zu einer Festung auszubauen“, betont PRO ASYL. Mindestens einer der Tamilen wollte in die BRD. Sein Vater und Geschwister leben legal hier. 1995 beantragte der Tamile bei der deutschen Botschaft in Colombo die Familienzusammenführung. Doch die Münchner Ausländerbehörde verhinderte innerhalb von zwei Jahren keine Stellungnahme abzugeben. PRO ASYL befürchtet, daß die Überlebenden in ein sog. „sicheres Drittland“, vermutlich Libanon, abgeschoben werden.

Alternativen hierzu sind utopisch und können auf der jetzigen Grundlage nicht entwickelt werden. Ihre Voraussetzungen wären soziale und nicht-rassistische Prinzipien einer Gesellschaft, die sich nicht zum Spielball machtpolitischer Jongleure machen läßt. Davon ist die Realität weiter denn je entfernt. (mc)

Indonesien: Linkspartei PRD soll zerschlagen werden

Dieser Tage gehen in Indonesien vier Prozesse in den zweiten Monat, in denen insgesamt 13 Gewerkschafter und

Linkspolitiker angeklagt sind. Einigen droht die Todesstrafe.

Vor zwei Distriktsgerichten der Hauptstadt Surabaya in Ost-Java wurden zwölf Führer der verbotenen „Demokratischen Volkspartei“ (PRD) sowie der von ihr gegründeten Gewerkschaft PPBI und der Studentenorganisation SMID angeklagt, die Staatsmacht stürzen zu wollen. Als Rechtsgrundlage dient das Anti-Subversionsgesetz, das noch unter Präsident Sukarno 1963 zur Abwehr einer befürchteten Invasion Malaysias verabschiedet worden war. Ebenfalls vor Gericht steht Mochtar Pakpahan, Präsident der ebenfalls verbotenen Gewerkschaft SPSI.

Während der Pakpahan-Prozeß international Aufsehen erregte und Beobachter von der „Internationalen Föderation Freier Gewerkschaften“ anwesend waren, sorgt sich die Indonesien-Solidaritätsbewegung in Australien darum, daß die PRD-Aktivisten nicht solche Beachtung finden könnten. Indonesier hielten den Geheimdienst vom Prozeßbesuch ab, indem er alle Anwesenden mit Videokameras filmte.

Die australische Hafenarbeitergewerkschaft MUA forderte ihre Mitglieder zu „Aktionen gegen den indonesischen Handel“ auf. Bereits kurz nach Prozeßbeginn verweigerten Arbeiter in Darwin einem indonesischen Schiff 24 Stunden lang die Entladung.

Ford-Arbeiter beschließen Streik gegen Entlassungen

Die Arbeiter des englischen Fordwerkes in Halewood haben am vergangenen Freitag einstimmig für einen Streik gegen die geplanten Entlassungen gestimmt. Ford Europa will im britischen Werk Halewood 1.300 bis 1.500 Stellen von jetzt 6.500 Arbeitsplätzen abbauen. Ford England begründete die Stellenstreichungen damit, daß die neue Version des Modells Escort nicht in Großbritannien gebaut werden solle. Die Produktion des neuen Escorts soll entweder in der BRD oder nach Spanien verlegt werden.

In allen 20 englischen Ford-Werken hatten die Ford-Betriebsgewerkschaft in den vergangenen Tagen Massenveranstaltungen organisiert, um sich mit den Kollegen von Halewood zu solidarisieren. Tony Woodley, Sekretär der Transportarbeitergewerkschaft TGWU, drohte dem Unternehmen mit einem landesweiten Streik, wenn Ford die angedrohten Entlassungen durchziehen will.

Für die Gewerkschaft steht fest, daß die Entlassungen nur die Vorbereitung für die endgültige Schließung des Werks in Halewood bedeuten. (Zusammenstellung: hav)

Aus der Diskussion der Grünen:

Erfahrungen und Perspektiven mit Rot-Grün

Düsseldorf. Vier grüne Landtagsabgeordnete in NRW, darunter auch Daniel Kreuz, der öfter für diese Zeitung schreibt, Manfred Busch, Ingrid Fitzek und Alexandra Landsberg wurden von ihrer Fraktion abgemahnt, weil sie in einem Strategiepapier Kritik an der Politik der Landtagsfraktion gewußt hatten: „Die Fraktion wird ein Verhalten ... nicht mehr dulden“ beschloß die Fraktion mit 14 von 23 Stimmen. Daß die Kritik der vier Abgeordneten nicht einfach aus der Luft gegriffen ist, bestätigte sogar das Handelsblatt. Jörd

Mit der Regierungsbeteiligung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verbanden im Mai 1995 viele Menschen die Erwartung einer ökologischen und sozialen Neuorientierung in Nordrhein-Westfalen. Am Ende der Legislaturperiode werden grüne Wählerinnen und Wähler fragen: Was habt Ihr erreicht? Deshalb erscheint es uns angebracht, nach anderthalb Jahren Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen einen Zwischenstand vorzulegen und – wo notwendig – politische Kurskorrekturen vorzunehmen. Als Einstieg in diese notwendige Diskussion legen wir Euch dieses Positionspapier vor. Wir haben den Eindruck, daß sich der durch Bildung der rot-grünen Koalition mühsam gestartete Reformprozeß seit Mitte 1996 dramatisch verlangsamt hat. Neben den problematischen Konsequenzen für die ökologische und soziale Entwicklung in NRW ist die Frage in den Vordergrund gerückt: Soll an einer rot-grünen Koalition festgehalten werden, deren Reformperspektive sich verdüstert hat, um eine mögliche rot-grüne Mehrheit bei der Bundestagswahl 1998 nicht zu gefährden? Oder verringert gerade eine rot-grüne Koalition in NRW, wenn sie sich als reformunfähig erweist, die Chancen für einen möglichen Regierungswechsel in Bonn?

Vor diesem Hintergrund halten wir die offene Bewertung der Erfolge und Mißerfolge der rot-grünen Koalition für unerlässlich, wenn grüne Politik sich weiterhin nach rationalen Kriterien und

nicht nach Vorgaben der Medien oder auf der Basis von Illusionen entwickeln soll. Diese Bewertung muß zugleich Grundlage einer Überprüfung der bisher von Bündnis 90/DIE Grünen verfolgten koalitionspolitischen Strategie und Taktik sein ...

Kurskorrektur notwendig!

„Stell Dir vor, es ist Rot-Grün – und es verändert sich nichts“. Die geschilderten Erfahrungen aus den o.g. Politikbereichen verstärken insgesamt den Eindruck, daß der Reformgehalt der Koalitionsvereinbarung sukzessive erodiert. Es dominiert das „Weiter so“. Vor der Bundestagswahl könnten wir uns deshalb in einer Rolle wiederfinden, die wir bisher stets überzeugt und überzeugend zurückgewiesen haben – der eines Mehrheitsbeschaffers der NRW-SPD.

Der Umgang mit Koalitionskonflikten

Niemand hat erwartet, daß in einer Koalition, in die die SPD über 80% der Stimmen und die Grünen unter 20% einbringen, grüne Programmatik ungeschmälert umgesetzt wird. Schon die Koalitionsverhandlungen haben unsere Kompromißfähigkeit und unseren Realitätsinn sehr eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Dies hat unsere Partei auch genau so festgestellt ...

Die Umsetzung des Koalitionsvertrags erfolgt „nach Gutsherrenart“. Was der SPD nicht weilt, wird umgesetzt. Was ihr nicht paßt, wird blockiert oder gar ins Gegenteil verkehrt. Dadurch wird in der Öffentlichkeit zunehmend der Eindruck erweckt, daß die Grünen für ihre Positionen nicht einstehen, am Ende jedes Konflikts klein beigegeben und von Konflikt zu Konflikt „billiger“ werden.

Damit korrespondieren Verhaltensweisen bei uns, Niederlagen vorwegzunehmen oder dadurch zu relativieren, indem die Argumente der SPD im Vorfeld übernommen werden. Grüne Positionen werden wahlweise als „unwichtig“, „im Koalitionsvertrag leider nicht sauber

formuliert“, „unbezahlbar“ oder schlicht für „nicht durchsetzbar“ erklärt, um sie anschließend erleichtert als Koalitionsballast über Bord werfen zu können. Genauso die schleichende Gewöhnung der politischen Akteure an ein immer niedrigeres Anspruchsniveau birgt aber die entscheidende politische Gefahr, am Ende der Koalition mit (fast) leeren Händen dazustehen ...

Seit Beginn der Koalition ist unser Agieren vom Bestreben gekennzeichnet, uns um einen partnerschaftlichen Umgang mit der SPD zu bemühen und öffentliche Konflikte zu vermeiden. Wie die Entwicklung zeigt, wurde dies seitens der SPD nicht honoriert. Der Nachweis von „Einzugs- und Handlungsfähigkeit“ gelang ausschließlich zu Lasten der grünen Ziele. Die SPD-Seite legte eher noch nach. Sie agiert wie in Zeiten der Alleinregierung. Der grüne Koalitionspartner wird – wenn überhaupt – im nachhinein informiert, nicht aber in den Entscheidungsprozeß einbezogen.

Bei Konflikten, die von der SPD initiiert wurden, stellten wir uns jeweils die Frage, ob wir an diesem einzelnen Punkt mit positiver öffentlicher Resonanz in der für uns erreichbaren Öffentlichkeit den „Bruch der Koalition“ riskieren könnten. Die Antwort war immer „Nein“. Folglich stellten wir uns bereits zu Beginn eines Konflikts innerlich auf Rückzug bzw. Niederlage ein.

Mit einem solchen defensiven Vorgehen ersparen wir der SPD, sich die gleiche Frage ernsthaft zu stellen. Der beabsichtigte sachliche Kompromiß zwischen Partnern wird unerreichbar; uns bleibt nur übrig, die SPD-Positionen – ggf. öffentlichkeitsverträglich kaschiert – weitgehend zu akzeptieren ...

Wenn wir bereits bei der Umsetzung dessen scheitern, dem sich die SPD per

Unterschrift vertraglich verpflichtet hat, brauchen wir über die Durchsetzungschancen grüner Reformziele jenseits des Koalitionsvertrags gar nicht mehr nachzudenken.

Von Seiten der SPD kommen häufig öffentliche Vorstöße, die nicht mit dem grünen Koalitionspartner abgestimmt sind und zwangsläufig provozieren müssen. Dies gilt für die Ankündigungen, den Flughafen Düsseldorf auszubauen, den Berufsschulunterricht auf einen Wochentag zusammenzulegen oder einen Niedriglohnsektor

nach US-amerikanischem Vorbild einzuführen, ebenso wie für das Vorgehen beim sog. „Ausbildungskonsens“ oder bei der weiteren Subventionierung der Privatuni Witten-Herdecke. Regelmäßig fehlt bei solchen Vorstößen das grüne Gegengewicht. Häufig wird das grüne Profil bei unvermeidlichen Kontroversen verwischt durch Relativierungen und Querschüsse aus den eigenen Reihen, die den Eindruck mangelnder Geschlossenheit innerhalb der Grünen erzeugen. Wir meinen: Unsere eigene koalitionspolitische Strategie und Taktik hat wesentlich zum „Erfolg“ der Strategie der SPD-Hardliner, Reformen abzublocken, beigetragen. Wir haben es der SPD leicht gemacht zu glauben, sie müsse nur lange genug hart bleiben, dann würden die Grünen schon den Rückzug antreten, bevor es „richtig ernst“ wird. Wenn wir verantwortlich mit unserer eigenen Partei und ihrer öffentlichen Glaubwürdigkeit umgehen wollen, führt kein Weg daran vorbei, diese Entwicklung nicht nur zu stoppen, sondern tatsächlich umzukehren.

Manfred Busch, Ingrid Fitzek, Daniel Kreuz und Alexandra Landsberg. Complete Version im CL-Netz.

Bereits früh im Jahr konnte der bayerische Ministerpräsident Stoiber das Rennen um den bei CSU-Politikern hart umkämpften Wanderpreis „Die Sau auf dem Sofa“ für sich entscheiden.

Stolbers Rede ist nach der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ vom 13.1.97 zitiert. Wär' Stoiber nur Stammtischpolitiker mit geringem Wirkungskreis, es könnte dahingehen. Da er aber außerdem an der Spitze des staatlichen Gewaltmonopols in Bayern steht, ist es doch was anderes. Schon einmal ließ E. Stoiber uns alle einen Blick in seine Seele tun. Damals warnte er, die zugewanderten Mitbürger beschimpft, vor der Gefahr einer „durchrassten Gesellschaft“. Inzwischen wird der staatliche Druck auf die so bezeichneten Ausländer jedes halbe Jahr wie automatisch erhöht; jetzt richtet Edmund Stoiber sein bockhaftes Vormögen, triebhaft zu hasen und zu hassen, auf die Arbeitsarbeitsbewegung.

**Solidarität mit den Beschäftigten der Erdölraffinerien im Iran**

Duisburg. Die IG Metall-Vertrauenskörperleitung Eisenbahn und Häfen GmbH hat sich in einem Schreiben an die Botschaft der Islamischen Republik gewandt:

„Wir haben davon Kenntnis erhalten, daß die Beschäftigten der Erdölraffinerien in fünf iranischen Städten derzeit in einer Auseinandersetzung mit dem zuständigen Erdöministerium stehen.

Sie fordern den Abschluß eines Flächentarifvertrag, die Zahlung von Wohngeld und eine ausreichende Krankenversicherung. Außerdem verlangen sie die Wiedereinstellung von Gemaßregelten. Am 18. und 19.12.1996 haben die Beschäftigten ihre Forderungen mit Arbeitsniederlegungen bekräftigt. Den zuständigen staatlichen Instanzen wurde eine Frist von einem Monat gesetzt.

Bereits im Juli vergangenen Jahres hatte das Erdöministerium nach Protestaktionen zugesagt, binnen 2 Monaten die Forderungen zu erfüllen. Aber nichts geschah.

Der IG Metall-Vertrauenskörper bei der Eisenbahn und Häfen GmbH solidarisiert sich mit dem Kampf der iranischen Erdölarbeiter. Wir fordern die iranische Regierung zu ernsthaften Verhandlungen mit den legitimen Vertretern der Erdölbelegschaften auf. Insbesondere fordern wir die iranische Regierung auf, jeglichen Versuch der Kriminalisierung von Streikenden und Belegschaftsvertretern zu unterlassen und die entsprechenden ILO-Garantien zu respektieren.“

„Republikaner“ im Landesmedienerat

Stuttgart. Als skandalös bezeichnete Werner Pfennig, Bundesvorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), daß Rolf Schlierer, Bundesvorsitzender der rechtsextremen „Republikaner“, seit Beginn der neuen Amtsperiode Sitz und Stimme im Landesmedienerat hat. Schlierer kam zu dem Posten in diesem wichtigen Gremium über sein Landtagsmandat, denn seit der Novellierung des Landesmediengesetzes sind auch Landesparteien im Medienrat der Landesanstalt für Kommunikation (LfK) vertreten, der pluralistisch zusammengesetzt ist. Pfennig, der bisher in der LfK das Mandat für den DGB-Lan-

Abmahnung

Ostermarsch Ruhr läuft wieder

Aufruf verabschiedet

Essen. „Gewalt löst keine Probleme – Ostermarsch für Abrüstung, Arbeit, Armutbekämpfung“, so ist der diesjährige Aufruf zum Ostermarsch Ruhr überschrieben, der am 13.12.1996 von der Friedensversammlung Ruhr in Essen verabschiedet wurde. Er wendet sich gegen den Einsatz deutscher Truppen auf dem Balkan, der zum Dauerzustand wird, gegen Waffenexporte, insbesondere an die Türkei, gegen das „Ehrenschutzgesetz“ und gegen Rüstungsprojekte wie den Eurofighter. Weiter heißt es:

„Eine Bundesrepublik ohne Armee könnte mit den eingesparten 50 Mrd. DM pro Jahr zumindest einen Teil der sozialen Probleme lösen oder gar nicht erst

entstehen lassen ... Wir schließen uns der Initiative für Frieden und Arbeit an und unterstützen, was Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter darin fordern ...“ Derzeit werden Unterstützer für den Aufruf gesucht, Mitte Februar soll er in hoher Auflage gedruckt werden.

Die Route des Ostermarsches Ruhr, der am Ostersamstag in Duisburg beginnt, entspricht weitgehend der der letzten Jahre. Allerdings soll der Marsch stärker von Aktionen begleitet werden, gegen Landminen ebenso wie gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit. Am Dienstag, 25.2.1996, findet eine weitere Friedensversammlung Ruhr statt, ab 18.00 Uhr in der Volkshochschule Essen.

wof

Antifa-Bündnis zum Jahrestag

Erklärung: Gedenktag für die Opfer des Naziregimes

Berlin/Hannover. Unsere Organisationen, die in der Tradition der antifaschistischen Widerstandskämpfer und Verfolgten stehen, haben den Gedenktag von Anfang an begrüßt ... Es reicht jedoch nicht, einen Tag des Gedenkens zu proklamieren, auch die Inhalte der alltäglichen Politik müssen ihm entsprechen. Deshalb fragen wir: Ist es nicht ein Widerspruch zum Anliegen dieses Gedenktages,

- wenn die Entschädigung für nationalsozialistisches Unrecht und Verbrechen auch 50 Jahre nach dem Ende des NS-Terrors immer noch bürokratisch verschleppt wird und ganze Opfergruppen ausgegrenzt bleiben,
- wenn durch massiven Sozialabbau die Basis des Sozialstaates zerstört wird, Menschen perspektivlos und damit anfällig für neofaschistische und rassistische Ideologien gemacht werden,
- wenn der Schutz von nichtdeutschen Bürgern vor rassistischen Übergriffen weiterhin nicht gewährleistet werden kann,
- wenn das bereits stark reduzierte Asylrecht und der Schutz von Flüchtlingen

durch die beginnende Abschiebung von Bürgerkriegsflüchtlingen konterkariert wird,

- wenn der militärische Einsatz der Bundeswehr im ehemaligen Jugoslawien ausgeweitet und damit die Erinnerung an deutsche Militäreinsätze wachgerufen wird?

„Wir meinen, es muß bewußt werden: Ohne den 30. Januar 1933 wäre es nicht zu faschistischem Terror, Krieg und Auschwitz gekommen und gäbe es keine Notwendigkeit für einen solchen Gedenktag. Es kommt deshalb darauf an, besonders den nachfolgenden Generationen die Vorbereidungen, gesellschaftlichen Ursachen und die Realität der faschistischen Herrschaft nahezubringen ...

*Januar 1997
Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener e.V. (IVVdN), Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten der Bundesrepublik Deutschland e.V. (VVN-BdA), Bund der Antifaschisten e.V. (BdA)*

desbezirk Baden-Württemberg wahrnahm, kritisierte: Im Landesmedienrat werde über die hochsensiblen Fragen der Lizenz für den Privatfunk entschieden und Leute wie Schlierer und die Partei der „Republikaner“ hätten dort nichts zu suchen.

aus *Kommunale Berichte Stuttgart*

Umfrage in Kindertagesstätten

Stuttgart. Der Gesamtelternbeirat der Stuttgarter Kindertagesstätten erstellte 1996 einen Fragebogen, der an ca. 9000 Eltern verteilt und von ca. 1200 zurückgegeben wurde. In der letzten Ausgabe der Zeitung des Gesamtelternbeirats, „Dreikäsehoch“, die Ende Dezember erschien, wurde eine Zusammenfassung der Auswertung veröffentlicht.

Die Umfrage wurde von den GEB-Mitgliedern wegen der hohen Beteiligung als repräsentativ angesehen. Die Auswertung bezüglich der Berufstätigkeit ergab, daß bei 41% der Familien beide Elternteile, bei 31% nur der Vater, bei 15% nur die Mutter und bei nur 1% keiner berufstätig ist. 12% sind alleinerziehend. Dem GEB war es nicht möglich, Angebot und Nachfrage in Beziehung zu

setzen, da die Stadt anscheinend kein Interesse daran hat, eine Statistik zu veröffentlichen, die Zahlen über Kinder, die noch nicht versorgt sind, beinhaltet.

Zur Personalbemessung wurde festgestellt, daß die Mehrheit der Befragten bei einer Gruppenbelegung zwischen 15 und 20 Kindern mindestens 2 – und immerhin die Hälfte der Befragten im Ganztagsbereich 3 – Betreuungskräfte für notwendig erachten. mok

Ende der Obdachlosigkeit?

Köln. Oberbürgermeister Burger hat kurz vor dem Weihnachtsfest die Schirmherrschaft über die Aktion „Gemeinsam gegen die Kälte“ übernommen, Bundespräsident Herzog ist auch dabei. Der Cellist Thomas Beckmann gibt bundesweit Wohltätigkeitskonzerte, für die Konzerte wird zum Teil großflächig plakatiert. Am 21.2. soll ein Konzert in Köln stattfinden. Zweck der mildtätigen Aktion, sei Geld zusammenzukriegen, um Wohnraum zu schaffen bzw. herzurichten. Das Recht auf menschenwürdiges Leben verkommt zunehmend zu einer Gnade mildtätiger Aktionen. Nur wenige Tage später führte dann Oberstadtdirektor Ruschmeier den öffentlichen Be-

Daimlers Minenproduktion

Erklärung der Initiative „Daimler-Minen stoppen!“

Augsburg. Wir berichteten schon einmal über die Initiative „Daimler-Minen stoppen!“, die u.a. vor den Toren der Daimler-Tochter Thomson-Dasa-Wirksysteme GmbH (TDW) in Schobenhausen eine Mahnwache durchführte. Die Initiative schickte uns nun eine Fortsetzung dazu.

Mit einem Standardbrief beantwortet Daimler-Benz zur Zeit Anfragen be- sorgter Bürgerinnen und Bürger wegen der Pro- duktion von Minen. Die Daimler- Benz-Aero- space (DASA) produziert in Schobenhausen

bei Augsburg für die Bundeswehr 12.000 Panzerabwehrminen PARM 1. Bislang leugnet der Konzern die Produktion von Minen. Statt dessen behauptet Daimler-Benz, es handele sich bei der PARM um eine „unbemannte Panzerfaust“, die nur noch aus „historischen Gründen“ den Namen „Mine trägt“.

„Auch wenn die Panzerabwehrmine PARM 1 in ihrer Wirkungsweise einer Panzerfaust ähnelt, ist sie hinsichtlich ihrer militärtaktischen Funktion allerdings eindeutig eine Mine“ – so der Minenreferent der Kampagne, Dr. Wolfgang Menzel.

Sogar die DASA selber werbe für die PARM mit dem Slogan „effective element in mine-warfare“. Menzel wehrt sich gegen die „orwellsche Sprachregelung“ von Daimler-Benz: „Mit bloßem Umdefinieren und Umbenennen wird das internationale Minenproblem nicht gelöst.“

Im Gegensatz zu Daimler-Benz bezeichneten militärische Fachzeitschriften (z.B. Soldat und Technik 9/96, Wehrtechnik 11/95) Richtminen selbstverständlich als Komponenten des Minenkampfsystems der Bundeswehr. Zweck der PARM sei das vollautomatische und soldatenunabhängige Töten aus dem Hinterhalt. Dabei lösen die Opfer, wie bei jeder anderen Mine auch, über Sen-



soren (zum Beispiel Lichtwellenleiter) selbst den Sprengkörper aus. Auch die PARM wirkt, so Menzel, wie alle Minen, während der Kampfhandlungen unterschiedlos: Sie unterscheidet also nicht zwischen Soldaten und Zivilisten.

Die Kampagne „Daimler-Minen stoppen!“ befürchtet, daß die PARM in Zukunft exportiert wird. Denn in einem Fernsehbericht des ZDF vom 10.12.1994 sagte ein DASA-Ingenieur: „Mit einem Preis in der Größenordnung von rund 8000 Mark ist die PARM 2 selbstverständlich auch für die Dritte Welt erschwinglich“. Die Produktionsstätte in Schobenhausen gehört zu 50% der Daimler-Benz Aerospace und dem französischen Rüstungskonzern Thomson CSF. Frankreich hat bekanntlich eine laxere Rüstungsexportpraxis als die Bundesrepublik.

Die Kampagne „Daimler-Minen stoppen!“ strebt ein Verbot aller Minen weltweit an. Mit der Produktion sogenannter „intelligenter“ Minen unterläuft Daimler-Benz die Bemühungen um ein weltweites Verbot von Minen – einschließlich der heimtückischen Antipersonenminen.

*Paul Russmann,
Initiativkreis Daimler-Minen
stoppen!,
Tel.: 07 11/60 83 96.
Für Fragen: Dr. Wolfgang Menzel,
0 76 65/5 18 68)*

weis, daß selbst die Stadt Köln durchaus in der Lage wäre, für die Obdachlosen ausreichenden Wohnraum zu schaffen, wenn die politische Mehrheit im Rat dies wollte. Er lobte die drei „Milliardenprojekte“ Müllverbrennungsanlage, Köln-Arena und Ausbau des Kölner Flughafens. Wohnungen in guter Qualität für Obdach- und Wohnungslose wären vielleicht Millionenprojekte geworden, kaum Milliardenprojekte, aber sie sind weder prestigeträchtig für Management und ihr Klientel wie die Köln-Arena und der Ausbau des Flughafens, noch lassen sie die Stadt auf Einnahmequellen hoffen wie bei der Müllverbrennungsanlage. Mit der Förderung eines solidarischen und menschenwürdigen Miteinanders hat diese Politik nichts zu tun.

Amorbach ein umfangreiches Waffenlager ausgehoben. Auf dem Grundstück eines 46jährigen arbeitslosen Technikers fand die Polizei u.a. drei Flugabwehrkanonen, zwei Maschinengewehre vom Typ MG 42, drei Maschinenpistolen, zwei Karabiner, mehrere Pistolen, vier Handgranaten, mehrere tausend Schuß Munition und diverses Zubehör, wie z.B. Laserzielgeräte und Wechsellauf. Neben den zum Teil bereits funktionsfähigen Waffen fand die Polizei auch neofaschistisches Propagandamaterial, Hakenkreuzfahnen, eine Reichskriegsflagge, sowie Helme, Orden und Bajonette. Der sich als „Patriot“ bezeichnende Mann gab an, die Waffen auf Floh- und Militärmärkten erworben zu haben. Die Polizei prüft derzeit, ob es einen Zusammenhang mit dem alljährlich in Aschaffenburg durchgeführten Aufmarsch der NPD/JN gibt. Als Organisator dieser Demonstration fungierte in den letzten Jahren der ebenfalls in Amorbach wohnende NPD-Kreisvorsitzende Klaus Beier. Der Amorbacher CSU-Bürgermeister Neuser, der den Verhafteten kannte und diesen als einen unauffälligen und freundlichen Mann bezeichnete, behauptete trotz des umfangreichen Waffenfundes, daß es in Amorbach keine rechte Szene gibt.

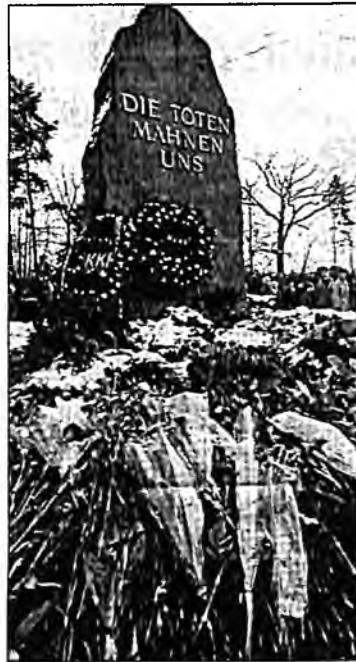
Waffenlager bei DLVH-Mitglied

Amorbach. Wenige Wochen vor dem für den 22. Februar von der NPD/JN geplanten „Hans-Münstermann-Marsch“ in Aschaffenburg hat die Polizei bei einem Mitglied der neofaschistischen „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) aus dem unterfränkischen

Protest in Brandenburg gegen weiteren ABM-Abbau

Auf einer Pressekonferenz haben die brandenburger Sozialministerin Hildebrandt und Vertreter der kommunalen Spitzenverbände in Brandenburg am 13. Januar gegen die von der Bundesregierung eingebrachte AFG-Novelle protestiert. „Wir brauchen Arbeitsförderung und keine Arbeitsplatzvernichtung“, kritisierte Karl-Ludwig Böttcher (CDU), Geschäftsführer des brandenburgischen Städte- und Gemeindebundes. Durch die ABM-Kürzungen drohten in dem Land 9.000 zusätzliche Arbeitslose, so die Ministerin. „Der Bund entlastet sich auf dem Rücken der Kommunen“, kritisierte der Sprecher des Landkreistages, Humpert. Nach Angaben der Ministerin sind die Mittel der Arbeitsämter für ABM-Programme in diesem Jahr um 152 Millionen DM gekürzt – nach 950 Mio. DM nur noch 792 Mio. DM. Die Kommunen müssten für die verbleibenden Programme etwa 60 Millionen DM mehr ausgeben. Zur Zeit kommen in Brandenburg auf eine freie Stelle 2 Bewerbungen, die offizielle Arbeitslosenrate liegt bei 17%. Das Land will versuchen, mit einem Sonderprogramm 3.500 der 9.000 bedrohten ABM-Stellen zu retten. Das Geld soll durch Streichungen bei Existenzgründungsprogrammen freiwerden. (rül)

Quelle: Tagesspiegel, 14.1.97



Etwa 75.000 Personen haben sich in diesem Jahr an dem alljährlichen Gedenken an die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht beteiligt. Während die Mehrzahl wie in den Vorjahren zur Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin Lichtenberg spazierte und dort Blumen und Kränze niedergelegt, demonstrierten etwa 10.000 Menschen gemeinsam zu der Gedenkstätte. Die Polizei, die im letzten Jahr sowohl die Demonstration wie auch eine Kundgebung an der Gedenkstätte provoziert und überfallen hatte, hielt sich dieses Mal zurück. Der PDS-Landesvorstand und Ver-

treter des PDS-Bundesvorstands hatten sich von der Demonstration mehrfach distanziert („sektiererisch“, keine „Kampfdemonstration“ u.ä.) und eine Beteiligung an der Durchführung der Demonstration abgelehnt. Nachdem der Berliner Landesparteitag dann aber die Demonstration als eine von mehreren Formen des Gedenkens ausdrücklich genannt und eine Beteiligung von PDS-Mitgliedern gutgeheißen hatte, verbesserte sich die Zusammenarbeit zwischen dem Trägerkreis der Demonstration und dem PDS-Landesvorstand am Ende dann doch noch. (rül)

Verkehrsentlastung der Kommunen – hilflose Lüge der Autobahnbefürworter

Steffen Dittes, PDS-MdL in Thüringen, zum Streit um die Thüringer Waldautobahn

Die Diskussion um den geplanten und bereits begonnenen Bau der Autobahn durch den Thüringer Wald A71/73 hatte durch die engagierten Proteste junger Umweltschützer im Bettelmannsholz im Ilmenau wieder an Leben gewonnen. Man warf den jungen Umweltschützern, die Bäume im Bettelmannsholz besetzt hielten, vor, daß sie hier eigentlich gar nicht demonstrieren dürften, da sie nicht aus der Region kommen.

Wer die Thüringer Waldautobahn ledig-

lich als ein die Region betreffendes Bauprojekt betrachtet, kann eigentlich nur bedauert werden. Der Autobahnneubau (nicht nur in Thüringen) ist Ausdruck eines rückwärtsgewandten Verkehrskonzeptes der Bundesregierung und der Landesregierung. Die Waldschadensberichte des Landes und des Bundes wurden vor kurzem veröffentlicht. 73% der Bäume in Thüringen sind geschädigt. Die Hauptursache dafür sind Schadstoffemissionen, die laut Umweltbericht 1995 hauptsächlich auf den Straßenverkehr zurückzuführen sind.

Im Umweltbericht heißt es richtig: „Neue Herausforderungen stellen sich insbesondere durch das weiterhin rasch zunehmende Verkehrsaufkommen.“ Anstatt aber aus diesen ökologischen Notwendigkeiten die richtigen Schlüsse zu ziehen, redet man der Autolobby nach dem Mund. Beliebtes Argument ist der Verkehrskollaps in den Gemeinden entlang der Bundesstraße B4, der nur durch den Neubau der Thüringer Waldautobahn beseitigt werden könne.

Die derzeitige Verkehrssituation entlang der B4 ist in der Tat bedrohlich. Abhilfe könnten allerdings eine Verlagerung des Schwerlastverkehrs auf die Schiene, der angebotsorientierte Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs zu einer (auch finanziellen) Alternative und, dort wo es dann noch unabdingt notwendig ist, der Bau von Ortsumgehungsstraßen schaffen. Alles in allem, ein neues verkehrspolitisches Konzept muß her, das nicht den motorisierten Individualverkehr und die daran Verdienenden fördert, sondern ökologischen Erfordernissen entspricht.

In einer im Jahre 1994 veröffentlichten Broschüre der DEGES (Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und Bau GmbH) „Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 16“ findet man einige interessante Zahlen zu dem Problem Entlastung der Innenstädte und Ortskerne (Seite 7 und 8). Das Aufkommen (Verkehrsanalyse 1991/92) der B4 nördlich von Arnstadt beträgt 21.400 Kfz pro 24 Stunden. Ohne den Bau der Thüringer Waldautobahn würde laut DEGES das Verkehrsaufkommen auf 33.200 Kfz pro 24 Std. steigen. Die Ursache für diese Steigerung um 55% ist in der verfehlten Verkehrspolitik zu finden. Das Teilstück der zukünftigen Autobahn, das diesen Bereich umfaßt, nämlich AS Arnstadt Nord bis AS Arnstadt Süd hat laut DEGES ein prognostiziertes Verkehrsaufkommen von 42.300 Kfz pro 24 Std.

„Die Thüringer Waldautobahn ist mit 24 Millionen Mark pro Kilometer die teuerste Straße, die je in Deutschland gebaut wurde, eine teilweise 130 Meter breite und in Thüringen 164 km lange Todeszone, für die 1.140 Hektar Land und Wald zubetoniert und 160 Brücken und Tunnel errichtet wurden. Die Schäden für Mensch und Natur, die erhöhte Schadstoffemission und die Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft sind nicht wieder gut zu machen.“ (UNZ 1/97)

Da in keiner Weise davon auszugehen ist, daß der gegenwärtig sich in Arnstadt bewegende Verkehr (21.400 Kfz/24 Std.) durch den Autobahnbau verringert wird (die DEGES selbst macht darüber keine Angaben), also mindestens gleich hoch bleibt, erhöht sich das Verkehrsaufkommen in und um Arnstadt um mehr als 200%. Das heißt, die emittierten Schadstoffe werden zunehmen und hauptsächlich in einem Umkreis von 14 Kilometern auf Wälder und Menschen gesundheitlich einwirken.

Angesichts dieser von der DEGES veröffentlichten Zahlen erscheint jeder Ruf nach dem Bau der Autobahn zur Entlastung der Kommunen als hilflose Lüge zur Rechtfertigung einer umweltzerstörenden Baumaßnahme.

Junge wie auch ältere Menschen wollen mit ihren Protesten verhindern, daß dieses Bauwerk begonnen oder gar fertiggestellt wird. Sie fühlen sich nicht nur für sich oder für eine Region, in der sie leben, verantwortlich, sondern für eine Welt, von der wir bekanntmaßen nur eine haben. Denn am Klimakollaps würden schließlich alle kaputtgehen – nicht nur Thüringer.

(entnommen aus: Unsere Neue Zeitung, Linke Zeitung in Thüringen, Nr. 1/97)



Ende Januar will die Brandenburger Landesregierung den Gesetzentwurf für die umstrittene zwangsweise Räumung der Lausitzer Gemeinde Horro zwecks Aufnahme des Braunkohletagebaus durch die Laubag AG in Horro und Umgebung boraten. Im Februar soll sich der Brandenburger Landtag mit dem Gesetz befassen. Die Bevölkerung von Horro hat erbilligte Gegenwehr gegen die Verteilung aus ihrem Dorf angekündigt. Die Brandenburger PDS hatte auf zwei Parteitagen über den Braunkohletagebau und die Räumung von Horro debattiert, u. o. begleitet von Protestaktionen der Börgeute der Lausitz AG, die für den Abbau eintreten. Am Ende halte sie gegen die Räumung gestimmt: sie können eine Räumung nur befürworten bei Zustimmung der Betroffenen. (rül)

Der südkoreanische Tiger gerät ins Schleudern

Militante Aktionen der Gewerkschaften kratzen am „Modell Korea“ • von Rainer Werning

Südkorea erlebt den Übergang zum Jahr des Büffels in einem Wechselbad aus klimrendem Frost und ätzendem Träengas. Anfang 1993 war zwar mit dem ehemaligen Oppositionsführer Kim Young-Sam nach Jahrzehnten des Kriegsrechts und militärischer Despotie wieder ein Zivilist ins Blaue Haus, den Regierungssitz des Präsidenten, eingezogen. Doch in der über zehn Millionen EinwohnerInnen zählenden Metropole Seoul kommt weder bei Kim noch beim Big Business eitel (Geburtstags-)Freude auf. Vergällt wird ihnen das Regieren durch ebenso unerwartete wie militante Streiks, Straßenschlachten und Massendemonstrationen. Große Teile der Gewerkschaften und ArbeiterInnen, die den Grundstein des weltweit gepriesenen „Modell Korea“ gelegt und dessen Früchte ihnen die Herrschenden gewaltsam vorenthalten hatten, besinnen sich jetzt auf ihre Hörner. Und pochen kampfbereit auf Teilhabe an eben diesem Wirtschaftserfolg sowie auf die Einhaltung demokratischer Verhältnisse. Wer wie Präsident Kim in zeitgeister Eintracht mit seinen gleichfalls einfallslosen Kollegen in Ost und West mantrahrt die Globalisierung beschwört, darf sich nicht wundern, wenn sich andere in wesentlichen Belangen der Innenpolitik nicht betören lassen.

Streitpunkte – Streikpunkte

„Wir sind doch Menschen und keine Maschinen“, hatte 1970 der junge Textilarbeiter Chun Tae-il hinausgeschrien, bevor er sich mit Benzin übergoß und selbst verbrannte. „Um solch ein enormes Wirtschaftswachstum (wie in Südkorea, R.W.) zu erzielen“, so lautete zur gleichen Zeit die Quintessenz eines westdeutschen Anlage- und Unternehmensberaters, „muß man schon zwei Generationen von Arbeitern verheizen“. Nichts Schamloseres ist denn auch unter den Militärdiktaturen geschehen, bis im Zuge der landesweiten Demokratiebewegung im Sommer 1987 der damalige Diktator Chun Doo-Hwan seinem Militärkumpan Roa-Tae-Woowich und seit 1988 erstmalig ein Streikrecht und nennenswerte Lohnerhöhungen von seitdem jährlich durchschnittlich 10 Prozent erkämpft wurden.

Der Selbstmord des Textilarbeiters Chun hatte seinerzeit als Fanal gewirkt. In den siebziger Jahren formierte sich mit „Minjung“ (etwa mit „Volksmasse/den Untenstehenden“ zu übersetzen) eine facettenreiche sozialpolitische Bewegung, die nicht klassenanalytisch im Sinne des Proletariats zu begreifen war, sondern sich als Protestpotential all jener verstand, die politisch, sozial, wirtschaftlich, kulturell und religiös ausgrenzt und Repressionen seitens „derer da oben“ ausgesetzt sind. Einen organisatorischen Ausdruck dieser Bewegung bildeten unter anderem die von christlichen Basisgemeinden initiierten und teils mit ausländischer Hilfe unterstützten „Urban und Rural Industrial Missions“, die etlichen in die Illegalität gezwungenen StudentInnen und ArbeiterInnen Unterschlupf vor den Häschern der Militärjunta boten. Was in diesen Missions und in den achtziger Jahren in sektoralen Verbänden und oppositionellen Parteiansätzen an Bildungs-, Aufklärungs- und politischer Arbeit geleistet worden ist, schuf den Humus für eine wachsende, politisierte und militante Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, die der regimegegängelten „Vereinigung Koreanischer Ge-

werkschaften (FKTU)“ zunehmend Paroli bot. 1995 konstituierte sich schließlich mit der „Koreanischen Gewerkschaftskonföderation KCTU“ ein veritabletes Gegengewicht zur FKTU, obgleich die Regierung neben dieser keine weitere Organisation duldet und die KCTU als illegal einstuft.

Die – zumindest partielle – Interessenidentität zwischen beiden Verbänden wurde pikantweise durch Präsident Kim und seinen Ministerpräsidenten Lee Soo-Sung selbst herbeigeführt. Diese nämlich hatten einen Scherbenhaufen zu sichten und auszuwerten, der ihnen zum Jahresende vor die Haustür gelegt worden war, nachdem eine seit Mai 1996 tagende Präsidialkommission ihre Verhandlungen über die „Arbeitsreform“ im Streit abgebrochen hatte. Arbeitgeber, Gewerkschaftsvertreter und sogenannte neutrale Experten, die allerdings industriefreudlich auftraten, brachten keine Empfehlung an den Präsidenten zustande. Der hatte die Arbeitsreform bereits in seinem Wahlkampf versprochen. Nunmehr geriet Kim in Zugzwang, da der Beitritt Südkoreas in den erlauchten Klub der OECD im November unter anderem an die Bedingung zur Liberalisierung geknüpft war.

Was allerdings als Arbeitsreform drapiert war, entpuppte sich als weitreichende Zugeständnisse an die Unternehmen, im Namen von Produktivitätssteigerung und internationaler Konkurrenzfähigkeit einzig nach ihrer Interessenlage zu schalten und zu walten. Dazu zählte das Verbot, streikende ArbeiterInnen zu entlohen oder nach Ende eines Arbeitskampfes den Lohn nachzuzahlen. Untersagt ist die Bezahlung betrieblich freigestellter Gewerkschafter. Gestattet werden soll in des die Einstellung von Streikbrechern, eine Wochenarbeitszeit von höchstens 56 Stunden sowie – besonderer Stein des Anstoßes – die Legitimierung von wirtschaftlich begründeten Kündigungen. Hatte der Originalentwurf des neuen Arbeitszeitgesetzes auch die politische und Organisationsfreiheit ab Januar dieses Jahres vorgesehen, will die Regierung nunmehr erst im Jahre 2000 oder 2002, die firmenfreundliche Politik hingegen als sofort, beziehungsweise mit dem beabsichtigten Inkrafttreten des Gesetzes am 1. März gelten lassen. Den Lehrern, deren illegale Gewerkschaft bereits vor Jahren massiven staatlichen Anfeindungen ausgesetzt war, wird ausdrücklich das Recht auf Zusammenschluß untersagt.

Was das Faß zum Überlaufen und schließlich selbst die FKTU und KCTU einander näher brachte, war das Durchpeitschen des Arbeitsgesetzes im Parlament. In der Manier eines Standgerichtsverfahrens und unter Ausschluß

der Opposition zogen die Abgeordneten der regierenden „Neuen Korea-Partei“ (NKP) am 26. Dezember in einer nur wenigen Minuten dauernden Geheimsitzung zwanzig Gesetzesänderungen, darunter das neue Arbeitsgesetz, qua Akklamation über die Bühne. Als sei das nicht schon genug gewesen, sattelte man noch einen drauf: Die weitreichenden Sondervollmachten des allmächtigen, für seine notorischen Menschenrechtsverletzungen berüchtigten Geheimdienstes ANSP (Agency for National Security Planning, vormals KCIA) wurden erneuert. Was da den Gewerkschaften und den ArbeiterInnen im Namen von Globalisierung, Flexibilisierung und Liberalisierung zugemutet werden soll, weckt böse Erinnerungen an eine dunkle Vergangenheit.

Vom historischen Kellerkind...

Korea war lange dazu verdammt, das Kellerkind in Ostasien zu sein. Von 1910 bis 1945 als Kolonie Japans gebeutelt, geriet es nach der Kapitulation Tokios unverstehens ins Fadenkreuz des Ost-West-Konflikts. Die Gründung der VR China im Oktober 1949 tat ein übriges, um im Westen die Furcht vor einem Vormarsch des Kommunismus auf dem

Seoul ausgeflogen und dort zum Präsidenten gekürten Rhee Syngman blieben die vormalen lokalen pro-japanischen Verwaltungsbeamten und Sicherheitskräfte weitgehend intakt. Darunter befand sich auch der seit Beginn der sechziger Jahre amtierende Putschgeneral Park Chung-Hee, der einst treu in der Kaiserlich-Japanischen Armee als Leutnant gedient hatte. Park und seine Militärkumpanen samt einer ihnen bis aufs Mark ergebenen, im Geist des Konfuzianismus und rigiden Hierarchiedenkens erzogenen Bürokratie waren die eigentlichen Architekten eines beispiellosen gesellschaftspolitischen und wirtschaftlich-kulturellen Transformationsprozesses, der in Manier eines Zeitraffers binnen drei Dekaden eine Entwicklung nachholte, die in Westeuropa Jahrhunderte währte und für die selbst Japan annähernd ein Jahrhundert benötigt hatte.

Die – zumindest makroökonomisch betrachtet – Erfolgsgeschichte Südkoreas basiert auf besonderen, schwerlich auf andere (vorrangig Dritte-Welt-) Staaten übertragbare Faktoren: Sein Frontstaatencharakter und die dadurch bedingte massive Unterstützung seitens der USA und – seit des sogenannten Normalisierungsabkommens 1965 – Japans; ein zentralstaatlicher Dirigismus selbst in Belangen der (Außen)Wirtschaftspolitik (z.B. Schaffung der Entwicklungsplanungsbehörde) sowie eine Entwicklungsstrategie exportorientierten Typs; ein langjährig protektionistisch abgeschotteter Binnenmarkt; der Einsatz externen Kapitals für weitgehend produktive Zwecke und Ausbau einer guten Infrastruktur; Förderung der internen Sparquote

asiatischen Festland zu schüren. Nach etlichen politisch-diplomatischen Attacken und Konterattacken sowie militärischen Provokationen seitens Nord- und Südkoreas begann im Juni 1950 der offene Bürgerkrieg...

...zum geschichtsträchtigen Modellfall

Südkorea, das im Gegensatz zum Norden über keine nennenswerten Bodenschätze verfügt, bildete Mitte der fünfziger Jahre mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von umgerechnet jährlich 80 US-Dollar ökonomisch das Schlüßlicht in ganz Ost- und Südostasien. Seinem Frontstaatencharakter verdankte es immense Hilfsleistungen seitens der Schutzmacht USA. Bis zu Beginn der siebziger Jahre hatten diese Gelder mit annähernd zehn Milliarden US-Dollar bereits die Gesamtsumme der von Washington im selben Zeitraum an Afrika geleisteten Hilfe überschritten. Unter dem eigens aus dem nordamerikanischen Exil nach

und gezielte Investitionen in den Bereichen Erziehung/ Ausbildung und Forschung/Entwicklung unter der Aufsicht einer mit dem Militär verfilzten Technokratie als Garant für eine politisch geähmte Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung mit den weltweit längsten Arbeitszeiten und der höchsten Unfallquote am Arbeitsplatz sowie die durch allgegenwärtige Repression erzwungene Kostensenkung des Faktors Arbeit – all das bot den „Chaebol“ (den staatlich geförderten Industrie- und Finanzkonzernen wie Hyundai, Samsung, Daewoo, Ssangyong und LuckyGoldstar) denkbar günstige Wertungsbedingungen.

Heute ist Südkorea kein Billiglohnland mehr. Südkoreanische Unternehmen befinden sich weltweit in einer Exportoffensive und treten in einigen Regionen (z.B. im zentralasiatischen Usbekistan) bereits als größte Kapitalinvestoren auf. Mit einem heute durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von jährlich umgerechnet 13 000 US-Dollar, jahrelang zweistelligen Wach-



Sitzstreik in einer Montagehalle des Automobilkonzerns Hyundai

tumsraten des Bruttosozialprodukts und dem Vorstoß in das führende Dutzend der Welthandelsorganisationen empfahl sich Südkorea zudem als Paradebeispiel für eine geglückte nachgeholtete Entwicklung. Die List besteht darin, daß dieser Prozeß in sämtlichen zentralen Punkten der von den neoliberalen Apologeten als ökonomisches Zaubermittel gepriesenen Rezeptur widersprach. Und ausgerechnet der heute in Seoul angepeilte Versuch, diese im Zeichen der Globalisierung zwangswise zu verabreichen, läßt die Politik und Ökonomie des Landes aus den Fugen geraten.

Koreanische Paradoxa

Südkorea, seit November 1996 jüngstes – und neben Japan einziges asiatisches – Mitglied der OECD, hätschelte mit der ANSP noch immer ein Relikt des Kalten Krieges. Die ANSP stützt sich in ihren Operationen auf das 1948 existierende, wenngleich mehrfach modifizierte „Nationale Sicherheitsgesetz“, wonach Dissens und Regimewiderspruch mühelos als Spionage für die und/oder Verherrlichung der Volksrepublik im Norden umgebogen und drakonisch bestraft werden können. Dieses anachronistische Regelwerk wird nicht nur gegen die aufmüpfigen Arbeiter und Gewerkschafter angewandt. In den vergangenen Monaten ist es wiederholt gegen radikale StudentInnen gekehrt worden, um ihnen ihre vermeintlich pro-nordkoreanische Haltung auszutreiben.

Kim Young-Sam bekennt sich zwar öffentlich zu Zivilität und Demokratie und ordnete kurz nach seiner Amtseinführung sogar die Offenlegung von Geheimkonten an, um der ausufernden Korruption einen Riegel vorzuschieben. Kritik am Militär indes läßt er nicht zu. So schaute er noch im Sommer 1995 kurzerhand seine Erziehungs- und Bildungsministerin, weil diese unter anderem die Söldnerrolle der südkoreanischen Armee im Vietnamkrieg kritisiert hatte. Gemeinsam mit Kim-Dae-Jung bildete Kim Young-Sam einst das Galionsgespann der Opposition, um sich dann ausgerechnet von dem im vergangenen Sommer zu einer hohen Haftstrafe verurteilten Ex-General Roh Tae-Woo kooperieren zu lassen und mit dessen Protektion zu seinem Nachfolger aufzusteigen.

„Segyehwa“ (koreanisch für Globalisierung) ist des Präsidenten Lieblingsvokabel, die er landauf, landab im Mund führt. In einem Interview mit dem US-Nachrichtenmagazin *Time* hob er als deren Kernpunkt Transparenz, Zivilgesellschaft, Demokratie, Öffnung der Binnenmärkte für ausländisches Kapital und eine aktiveren, der eigenen Wirtschaftsstärke angemessene politische Rolle insbesondere in der Region Ostasien/Pazifik. Daß nun die Arbeiter nochmalig – zudem ausgerechnet unter der Präsidentschaft eines Ex-Oppositionellen – politisch zurückstecken und wirtschaftliche Einbußen hinnehmen sollen, ist im breitgefächerten Spektrum der außerparlamentarischen und in Teilen der parlamentarischen Opposition partout nicht nachvollziehbar. Martialische Großaufgebote der Sicherheitskräfte, ungezügelte Einsätze von Tränengas und Schlagstöcken und staatliches Tolerieren von Massenaussperrungen führen Kims Interpretation von „segyehwa“ – auch und verstärkt im Ausland, innerhalb der OECD und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) – auf absurdum...

Der Autor, in Königsdorf bei Köln lebender Sozial- und Politikwissenschaftler, war u.a. langjähriger Herausgeber und Chefredakteur des „Korea Forum“. Sein Aufsatz wurde aus Platzgründen geringfügig gekürzt.

4:0 gegen Tarifbruch

Auch im vierten Anlauf ist die Geschäftsführung der Widia GmbH mit dem Versuch gescheitert, Lohnverzicht durchzusetzen. Eine Fragebogenaktion der Geschäftsführung ergab ein eindeutiges „Nein“. 946 der 1150 Beschäftigten in Essen gaben ihre Fragebögen ab. 607, knapp zwei Drittel, sprachen sich gegen eine Einkommenskürzung von 3% für Arbeiter und 4% für Angestellte aus. 287 Beschäftigte, 30%, waren dazu bereit gewesen. 52 Fragebögen waren widersprüchlich ausgefüllt. „Die Belegschaft will sich nicht als Stoßtrupp gegen Tarifverträge einspannen lassen – schon gar nicht, nachdem der Anteilseigner auf einer dauerhaften Kürzung der Einkommen bestand. Die Position des Betriebsrates und der IG Metall-Vertrauensleute wurde gestärkt“, heißt es in einer Stellungnahme des Betriebsrates zum Ergebnis.

Mit der Abstimmung ist eine inzwischen monatelange Auseinandersetzung abgeschlossen, die mit etlichen Stunden Produktionsausfall durch zusätzliche Betriebsversammlungen und Informationsgespräche beim Betriebsrat verbunden war. Ende Oktober erklärte der Cincinnati Milacron-Konzern die Absicht, die Magnettechnik der Widia GmbH mit 300 Beschäftigten zu verkaufen, sofern die Belegschaft nicht zu einem „Eigenbeitrag“ zur Sanierung bereit ist. Der Hintergrund waren nicht etwa rote Zahlen. Die Magnettechnik verzeichnete zwar erhebliche Umsatzeinbrüche, sie schreibt jedoch nach wie vor in etwa ausgeglichenes Ergebnis, die Widia insgesamt weist 1996 einen zweistelligen Gewinn aus, den höchsten seit mindestens zehn Jahren.

Nachdem Anteilseigner und Geschäftsführung zuerst allen Ernstes von einer 20%igen Kürzung der Löhne und Gehälter in der Magnettfertigung sprachen – beim Durchschnittslohn einschließlich Zuschlägen in diesem Bereich brutto etwa 780 DM monatlich –

kam kurz danach der Vorschlag auf den Tisch, die Löhne in der gesamten Widia GmbH um 3% zu kürzen, für Angestellte um 4%. Dadurch sollte knapp die Hälfte eines „Sparspaketes“ von 6 Mio. DM erzielt werden, die andere Hälfte sollte durch unbezahlte Mehrarbeit erreicht werden. Diesen Vorstoß lehnte eine Belegschaftsversammlung am 11.11.1996 in einer Resolution ab.

Damit gaben sich die Verantwortlichen nicht zufrieden. In einem Gespräch mit dem Betriebsratsvorsitzenden und dem IG-Metall-Bevollmächtigten drohte der Aufsichtsratsvorsitzende, Alan Shaffer, erneut massiv mit dem Verkauf der Magnettechnik – mit der Perspektive der Schließung durch einen neuen Anteilseigner. Eine „Ideenwerkstatt“ mit Beschäftigten aus dem betroffenen Bereich kam Anfang Dezember jedoch zu dem Schluß, daß der Konzern den Verkauf anscheinend sowieso vorbereitet. Die Magnettechnik gehört nicht zum strategischen Geschäft von Cincinnati Milacron. Da der Konzern auch keine klare Beschäftigungsgarantie geben wollte, blieb der Betriebsrat bei seiner Ablehnung.

Daraufhin kam Mr. Shaffer am 8.1.1997 persönlich nach Essen. Im Gegensatz zu den Erwartungen konnte er jedoch wieder kein Konzept für die Fortführung der Magnettfertigung vorweisen, in seinem einstündigen Vortrag mit 47 Tageslichtfolien verlangte er erneut Lohnverzicht. Alle Rednerinnen und Redner auf der Versammlung wandten sich dagegen. Trotzdem fand mittags noch einmal ein Gespräch mit Betriebsrat und IG Metall statt. Es scheiterte endgültig daran, daß Mr. Shaffer erstmals nicht mehr von einer zeitweiligen, auf ein Jahr begrenzten Einkommenskürzung sprach, sondern von einer dauerhaften. Ein Rundgang durch den Betrieb am nächsten Tag fiel dann ganz an-

Widia-Belegschaft lehnt Lohnverzicht ab

ders aus, als Mr. Shaffer dachte: Die Werkshallen waren leer, mehrere hundert Beschäftigte hatten sich erneut zu einer spontanen Betriebsratsinformation eingefunden.

Der vierte Anlauf schließlich war die Fragebogenaktion. In den zwei Tagen vorher mußten alle Beschäftigten zu Abteilungsgesprächen antreten, in denen die Geschäftsführung massiv Stimmen gegen Betriebsrat und IG Metall machte – die Teilnahme war Pflicht. Der Tenor: Es kann doch nicht sein, daß die „Nein-Sager“ wirklich die „schweigende Mehrheit“ repräsentieren. Insofern ist es erfreulich, daß die Beteiligung an der Fragebogenaktion sehr hoch und das Ergebnis eindeutig war.

Voraussichtlich am 7.2.1997 wird der Aufsichtsrat den Verkauf der Magnettechnik beschließen. Fraglich ist, ob derzeit überhaupt ein Käufer gefunden wird. Doch auch wenn: Das Selbstbewußtsein der Belegschaft ist gewachsen. Der Betriebsrat hat seine Forderung nach einem Konzept für die Fortführung der Magnettechnik bekräftigt – und zwar in der Widia GmbH. An einem solchen Konzept will er dann auch „positiv“ mitwirken. – (kw)



Der Verlag DuMont Schauberg hat dem Redakteur des *Kölner Stadt-Anzeiger*, Hartmut Schergel, zu Unrecht gekündigt. Dies entschied die 15. Kammer des Kölner Arbeitsgerichts am Mittwoch. Schergel habe sich mit der Veröffentlichung eines Artikels zum Reisebuchmarkt weder tendenziell noch geschäftsschädigend verhalten, begründete die Vorsitzende Richterin Ulrike Wagner das Urteil. Die Kündigung sei nicht begründet. Der seit 25 Jahren beim *Kölner Stadt-Anzeiger* beschäftigte Kollege müsse zu gleichen Bedingungen seinen alten Arbeitsplatz zurückerobern. Für die Kosten des Verfahrens muß der Zeitungsverlag aufkommen (Az. 7648/96).

Der Anwalt des Verlages, Ernst Eisenbeis, zog in der Verhandlung den Vergleich mit der Kündigung eines Angestellten eines Kaufhauses, der wegen des Verzehrs eines Stückes Bienenstich wegen Geschäftsschädigung gekündigt worden war. Wenn dies schon ein Kündigungsgrund sei, dann sei die Schmerzgrenze zur begründeten Kündigung wegen Geschäftsschädigung in diesem Fall der Artikelveröffentlichung längst erreicht, meinte Eisenbeis. Dieser Argu-



mentation und der Vorhaltung, Schergel sei ein „publizistisches Sicherheitsrisiko“, folgte das Gericht nicht.

Vorausgegangen war folgender Sachverhalt:

Der für den Reiseteil zuständige Schergel (52) hatte einen Artikel des renommierten freien Reisejournalisten Klaus Betz zum Reisebuchmarkt in der Redaktionskonferenz angekündigt, redigiert und zur Abnahme seinem Chefredakteur vorgelegt. Dieser las und nahm ab, der Artikel erschien am 24. Juli im Reiseteil des *Kölner Stadt-Anzeiger*. In dem Text geht es um den Reiseführermarkt, unter anderem um die Mehrheitsbeteiligungen des DuMont-

schen Reisebuchverlages an dem Münchener Touristikunternehmen Klingensteine. Betz wertete diese Verflechtung in seinem Artikel, der zuvor in mehreren überregionalen Zeitungen veröffentlicht worden war, kritisch und machte auf mögliche Probleme aufmerksam.

Am 25. Juli wurde Schergel, der seit 25 Jahren im Hause DuMont arbeitet, zum Chefredakteur bestellt. Dieser warf Schergel eine Fehleistung vor und gab ihm dies auch schriftlich. Am folgenden Tag kam es zu einem förmlichen Disziplinargespräch. Schergel wurde beurlaubt. Ohne weitere Anhörung erhielt er am 6. August seine fristlose Kündigung, obwohl der Betriebsrat widersprochen hatte.

Bereits in einem Gütertermin am 13. September zeigte sich das Unternehmen unwillig, eine gütliche Regelung zu finden.

Der zum Zeitpunkt der Artikelveröffentlichung verantwortliche Chefredakteur, Dieter Jepsen-Foge, hat inzwischen den Verlag verlassen. Dem Verleger Alfred Neven DuMont verlieh die IG Medien im November den „Goldenen Maulkorb 1996“ (PM, 15.1.97, IG Medien Köln, FG Journalismus)

Anfang Dezember begründeten Mitglieder der Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung (hervorgegangen aus dem Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD) aus München und Regensburg ihre Entscheidung, der DKP beizutreten. Andere Mitglieder der Gruppe folgten dem nicht, sondern entschieden sich dafür, sicherzustellen, daß die Kommunistische Arbeiterzeitung weiterhin, nach einer mehrmonatigen Pause und mit verändertem Konzept, erscheint. Die erklärte Absicht

aller ist es, die Zusammenarbeit im Rahmen von Arbeitstreffen der Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung fortzusetzen. Damit hat ein längerer Diskussionsprozeß in der Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung einen vorläufigen Abschluß gefunden, den wir im folgenden dokumentieren. Ein Dokument der DKP bzw. aus der DKP zum Beitritt ist uns nicht bekannt. (scc)

Nur organisiert werden wir im Klassenkampf bestehen

Erklärung von Genossinnen und Genossen der Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung aus München und Regensburg

Wir stehen in der Tradition des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD, der schon in den siebziger Jahren daran festhielt, daß sich an der besonderen Aggressivität des deutschen Imperialismus, seinem Drang nach Revanche und Streben nach Vorherrschaft nichts geändert hat, daß deshalb in der BRD die Gefahr von Faschismus und Krieg in besonderer Weise besteht und auf der Linie der Einheitsfront der Arbeiterklasse und der Volksfront aller demokratischen Kräfte abgewehrt werden muß.

1989/90 markiert eine der schwersten Niederlagen der internationalen Arbeiterbewegung, die nicht nur die sozialistischen Länder und nicht nur die Kommunisten betrifft, sondern alle Kräfte zurückgeworfen hat, die sich zu Frieden, Demokratie und sozialem Fortschritt bekennen.

(...) Der deutsche Imperialismus hat mit der Einverleibung der DDR einen entscheidenden Schritt zur Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs getan und wird sich damit nicht zufrieden geben. (...)

Im Innern wird zum Generalangriff auf die Existenzbedingungen und demokratischen Rechte der Werktagen geblasen: Alles, was noch 1989/90 als Beweis der Überlegenheit der „sozialen Marktwirtschaft“ über den Sozialismus herhalten mußte, ist zur Disposition gestellt.

Mit der Abrechnungspolitik gegenüber allen, die sich zur DDR bekannten, werden nicht nur die sozialistischen Ziele und Ideale kriminalisiert, sondern auch die Diskriminierung des Antifaschismus regierungsmäßig verordnet unter Beifall und Beihilfe von Politikern, Publizisten und Professoren.

Kein Wunder, daß da faschistische Bestrebungen einen ungeahnten Aufschwung nehmen. Von den Staatsorganen selbst werden die demokratischen Rechte eingeschränkt und abgebaut, und selbst die kümmerliche bürgerliche Demokratie, die im Grundgesetz steht, wird mit Füßen getreten. Mit der faktischen Abschaffung des Asylrechts, der brutalen Abschiebepraxis und dem Festhalten am Blutsrecht bei der Staatsbürgerschaft werden Nicht-Deutschen von Staats wegen Grundrechte verweigert. Gleichzeitig verdirt das Gift des Chauvinismus, Faschismus und Rassismus Hirne und Herzen von immer mehr Menschen, eine Welle von rassistischen Gewalttaten – staatlich verharmlost, vertuscht und geduldet – geht über unser Land, es wächst ein Potential, aus dem die Herrschenden eine faschistische Massenbasis als eigenständige politische Kraft formieren können. So ist die Lage, und diese Lagebeurteilung wird heute, wenigstens im Großen und Ganzen, von allen Kommunisten geteilt.

Wir, die Befürworter eines Zusammenschlusses mit der DKP in der Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung, sind allerdings der Meinung, daß es nicht genügt, eine solche Lagebeurteilung zu haben, sie analytisch zu vertiefen und die Massen darüber aufzu-

klären, sondern daß man sich nach den Konsequenzen – und zwar eben nicht zuletzt für sich selbst, für die eigene Organisation – fragen muß, wenn man diese Lagebeurteilung ernst nimmt und von anderen ernst genommen werden will.

Da genügt es eben nicht, zum Widerstand und Kampf gegen eine solche Entwicklung aufzurufen, die Schuld für den geringen Widerhall solcher Kampfaufrufe aber anderen politischen Kräften zu geben oder sie auf die politische Lage zu schieben.

So desorganisiert, zersplittert und vereinzelt, wie die Arbeiter und anderen Werktagen, die demokratischen und friedliebenden Kräfte heute dem Klassenfeind gegenüberstehen, sind sie doch kaum in der Lage, unsere Kampfaufgabe zu befolgen, ebenso wie wir nicht isoliert von den Massen und stellvertretend für sie den erforderlichen Widerstand leisten können.

Daß sich die Frage der Einheit in der heutigen Situation auf neue Weise stellt, dürfte von kaum einem engagierten und kämpferischen Linken bestritten werden.

Zumindest unter Kommunisten, revolutionären Marxisten genügt es aber unseres Erachtens nicht länger, Bündnisse gegen den gemeinsamen Feind zu schließen und Auseinandersetzungen ernsthaft und solidarisch zu führen. Das war sicher Anfang der 90er Jahre ein Fortschritt, soweit dies zwischen Gruppierungen und Strömungen in den 70er und 80er Jahren noch möglich war oder schien.

Es ist aber falsch, sich mit einem Zustand der Aktionseinheit unter Kommunisten abzufinden, statt entschlossen die Hemmnisse in Frage zu stellen, die einer größeren Organisiertheit der

Kommunisten im Wege stehen.

Es gibt heute viele wünschenswerte politische Entwicklungen, die leider nicht oder nicht in erster Linie vom Willen, der Opferbereitschaft und der Entschlossenheit von Kommunisten abhängen. Aber unsere eigene Einheit und Organisiertheit hängt in erster Linie von uns selbst ab.

Es ist ein Irrtum, aus der Aktionseinheit würde spontan oder organisch die organisatorische Einheit erwachsen. Jeder muß sich die Frage stellen, ob nicht er derjenige ist, dessen Wollen und Wagen gefordert ist.

Es ist eine Ausrede, man müsse warten, bis ein Aufschwung der Massenkämpfe die Einheit durch „Druck von unten“ erzwingen wird. Vielmehr hängt viel davon ab, ob wir bis zu einem solchen Aufschwung wenigstens so organisiert dastehen, daß wir den Massen nützen können und sie tatsächlich etwas von uns erwarten oder fordern.

Außerdem braucht man nur auf den zugegebenermaßen kleinen – Teil der Massen zu hören, der sich heute (schon wieder oder noch) für die Kommunisten interessiert und mit der Frage, sich parteiisch zu organisieren, konfrontiert ist. Diese Menschen sagen uns: „Werdet Euch doch erst selbst mal einig.“ Wie wollen wir ihnen – ohne unsere gemeinsamen Überzeugungen zu diskreditieren – erklären, daß wir das nicht können?

Solange wir nicht zu organisatorischer Einheit finden, werden wir uns, was die Organisierung neuer Mitglieder angeht, auf die jede Organisation so dringend angewiesen ist, ob wir wollen oder nicht, Konkurrenz machen.

Diese führt aber zu einem unsinnigen Verschleiß von Kräften, stößt die Menschen ab und ist vor allem nicht geeig-

net, daß wir mit unserer Einschätzung vom Ernst der Lage und der zwingenden Notwendigkeit der Organisierung ernst genommen werden.

Der geringe Masseneinfluß der Kommunisten hängt auch damit zusammen, daß sie theoretisch nicht auf der Höhe der Zeit sind. Das waren sie in allen Strömungen, Fraktionen und Gruppierungen schon vor 1989 nicht. Seither sind neue Fragen und Fragestellungen aufgetaucht und die Bedingungen für eine umfassende wissenschaftliche Durchdringung der Wirklichkeit nicht besser geworden.

Wir sind durchaus der Überzeugung, daß die Wahrheit nicht immer bei der Mehrheit liegt. Wir glauben, daß auch kleine kommunistische Zirkel oder organisatorisch eigenständige Fraktionen wertvolle politische Erfahrungen, theoretische Erkenntnisse und politische Einschätzungen verkörpern. Wir brauchen uns selbst in dieser Hinsicht nicht zu verstecken und wissen dasselbe auch von anderen Gruppierungen.

Wir finden es allerdings falsch, darin eine Rechtfertigung der Zersplitterung zu sehen. Wir halten es für eine Fehlentwicklung, wenn man meint und durch seine Praxis den Eindruck erweckt, als erfordere jede spezifische Einschätzung, Erfahrung oder vorantreibende theoretische Erkenntnis eigene organisatorische Strukturen, wenn sie nicht „untergehen“ will. Vielmehr fordert gerade die Überprüfung theoretischer Ansätze, ihre Bewährung in der Praxis und ihre Weiterentwicklung einen möglichst großen organisatorischen Rahmen.

Wenn in der heutigen Situation die Lenninsche Lösung „Erst Klarheit, dann Einheit“ gegen den Zusammenschluß ins Feld geführt wird, dann wird unser Erachtens damit verhindert, die organisatorischen Voraussetzungen für die Erarbeitung von mehr Klarheit überhaupt zu schaffen.

Aus diesen Gründen meinen wir, daß es auf der Tagesordnung steht, das aus historischen Gründen in Westdeutschland neben der und gegen die DKP entstandene Zirkel- und Fraktionswesen zu überwinden.

Wir möchten und müssen an dieser Stelle ausdrücklich sagen, daß sich das oben Dargestellte nicht einfach übertragen läßt auf die neuen Fragen, die sich durch die Existenz der PDS in beiden Teilen Deutschlands ergeben. Diese Fragen sind entstanden durch die Niederlage der SED und die Art der Entwicklung der PDS, durch die Zerstörung und Einverleibung der DDR durch den deutschen Imperialismus.

Diese Fragen betreffen die Einheit auch der Kommunisten in Ost und West sowie ihr Verhältnis zu anderen sozialistischen Kräften.

Wir glauben nicht, daß diese Fragen durch die einfache Formel: „Kommunisten gehören in die DKP – (andere) Sozialisten in die PDS“ beantwortet werden können. Die große Mehrheit der Kommunisten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR arbeitet in der PDS. Wir finden das logisch, konsequent und

Beschlüsse

des Arbeitstreffens am 26/27.10.1996

Die folgenden zwei Beschlüsse faßte das Arbeitstreffen der KAZ-Gruppe mit großer Mehrheit.

1. Die Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung ermöglicht in ihren Reihen 1. die praktische und theoretische Arbeit für den Wiederaufbau der KPD, 2. die Mitgliedschaft in anderen linken Parteien, ohne die Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung zu verlassen.

Die Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung will weiterhin die Kommunistische Arbeiterzeitung herausgeben.

2. In Anerkennung der Tatsache, daß der Arbeiterklasse in der BRD gegenwärtig keine wirksamere politische Organisation für den täglichen Kampf gegen den deutschen Imperialismus zur Verfügung steht als die PDS, • in der Erkenntnis der zwingend daraus erwachsenden Verpflichtung, die

PDS zu verteidigen und ihre antiimperialistischen, demokratisch-antifaschistischen und antimilitaristischen Bestrebungen zu unterstützen,

• in der festen Überzeugung, daß diese besonders von der Stärke der kommunistischen Kräfte in der PDS abhängen,

nimmt die Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung auf allen ihr zugänglichen Ebenen Beratungen mit den Kommunistinnen und Kommunisten in der PDS darüber auf, wie sie deren Stellung und Einfluß in der PDS am wirksamsten verstärken kann. Die Ergebnisse dieser Beratungen werden vom nächst folgenden Arbeitstreffen ausgewertet.

Zugleich bestätigt und bekräftigt das Arbeitstreffen den früheren Beschuß der Redaktion, mit der KAZ insbesondere deren westdeutsche Leser kontinuierlich über die Arbeit und Entwicklung der PDS zu informieren.

richtig. Die Einheit der Kommunisten in Ost und West darf heute nicht auf eine Weise betrieben werden, daß die Kommunisten aus der PDS gedrängt oder gezogen werden. Dies könnte den Bestrebungen unserer Gegner, die die PDS schwächen und zerstören wollen, entgegenkommen.

Auch in Westdeutschland muß das Bestreben von Kommunisten unseres Erachtens dahin gehen, die PDS zu stärken und ihre Akzeptanz als politische Kraft in der Bevölkerung zu erhöhen.

Die Kommunisten sind zugleich Teil der sozialistischen Bewegung. Der Gedanke, daß sich auch im Westen alle Kommunisten einer gemeinsamen sozialistischen Partei anschließen, konnte 1990 nicht verwirklicht werden und kann auch in der inzwischen entstandenen Situation nicht einfach auf die Tagessordnung gesetzt und organisatorisch umgesetzt werden. Das kann aber auch nicht heißen, daß eine solche Perspektive ein für alle mal ad acta gelegt wird.

Wir sind in der Debatte innerhalb der Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung für eine Vereinigung unserer Organisation mit der DKP eingetreten, die nach Lage der Dinge nicht anders aussahen konnte, als daß sich die Gruppe KAZ auflöst und ihre Mitglieder sich kollektiv der DKP anschließen.

Diese Diskussion ist nicht den Köpfen einiger Genossen entsprungen, sondern hat sich aus den Problemen unserer Praxis zwingend ergeben:

■ Unsere Bemühungen, politische Positionen in der veränderten Lage nach 1989/90 neu zu bestimmen, führten zu einer Neubestimmung unseres Verhältnisses zu anderen Strömungen und Organisationen der kommunistischen Bewegung, namentlich zur DKP.
 ■ Täglich hatten wir mit dem Problem zu tun, wie wir den Aufruf, organisiert für die Sache der Arbeiter zu handeln, konkretisieren können, da die Struktur und Arbeitsweise der Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung die Organi-



sierung von Sympathisierenden sehr schwer macht.

■ Schließlich stieß unser Konzept der Organisierung um die Zeitung und für die Zeitung auf längere Sicht an deutliche Grenzen, die vor allem für die Genossen spürbar waren, die nicht unmittelbar und regelmäßig mit der Herausgabe der KAZ befaßt sind, sondern den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit in Betrieb und Gewerkschaft, in antifaschistischen und internationalistischen Initiativen und Bündnissen sehen.

■ Je mehr wir gerade durch die Arbeit an der Zeitung darauf gestoßen wurden, welche Fragen mit Hilfe des wissenschaftlichen Sozialismus neu untersucht werden müssen, um so mehr stießen wir an die Grenzen sowohl des theoretischen Potentials als auch der Überprüfung anhand von praktischen Erfahrungen, die eine politische Kleinstgruppe hat. Dies verstärkt zwangsläufig die Gefahr des Dogmatismus und erschwert einen vernünftigen Umgang mit unweigerlich auftretenden Einschätzungs-Differenzen.

Eine Entscheidung über unseren Antrag auf Zusammenschluß mit der DKP konnte aber nicht mehr herbeigeführt werden, nachdem eine nennenswerte Zahl von Genossen erklärt hatte, sie würden auch einen Mehrheitsbeschuß in dieser Richtung nicht folgen.

Das Herbst-Arbeitstreffen '96 der Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung stand deshalb kurz vor einer Spaltung bzw. Auflösung der Organisation. Deshalb haben wir uns auf den Kompromiß eingelassen, der im Beschuß des Arbeitstreffens seinen Niederschlag gefunden hat.

Daraufhin haben Genossen aus München und Regensburg – wo dies kollektiv möglich ist – beschlossen, den Weg der Doppelmitgliedschaft zu gehen.

Wir wünschen uns ein solidarisches Verhältnis zu den anderen Mitgliedern der Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung und hoffen, sie durch praktische Erfahrungen doch noch überzeugen zu können.

Gleichzeitig wollen wir die DKP stärken, indem wir unsere Kraft, unsere

Fähigkeiten und Einschätzungen dort einbringen.

Wir hoffen, daß unser Schritt die DKP-Genossen bestärkt, die in schwierigster Zeit ihrer Sache und ihrer Partei treu geblieben sind, und westdeutschen Kommunisten, die heute unorganisiert – oder in kleinen Zirkeln arbeiten, einen Anstoß zur Organisierung und Vereinigung gibt. Wir sind der Überzeugung, daß eine stabile, selbstbewußte und dadurch taktisch flexible DKP im Interesse der Einheit der Arbeiterbewegung und aller linken Kräfte wirken kann und wird.

Wir sehen uns nicht als Fraktion, die die DKP nach festgelegten Vorstellungen ummodellieren will. Im Gegenteil, wir versprechen uns sogar von unserem Schritt, daß wir innerhalb einer größeren Partei besser die vor der ganzen kommunistischen Bewegung stehenden offenen Fragen, die auch unter uns strittig bzw. ungeklärt sind, lösen und nach den Möglichkeiten und Fähigkeiten jedes einzelnen zu ihrer Klärung beitragen können.

Der durch unseren Eintritt beabsichtigte Zusammenschluß von Kräften wird nicht immer einfach sein, wenn er auch durch eine inzwischen langjährige Zusammenarbeit und solidarische politische Diskussion vorbereitet ist.

Probleme können sich vor allem durch eine teilweise lange unterschiedliche politische Erziehung, eingefahrene politische Begriffswelten und verschiedene Arbeitsweisen ergeben.

Wenn es uns gelingt, diese Schwierigkeiten im Interesse der Einheit und der politischen Weiterentwicklung zu überwinden oder auch konstruktiv nutzbar zu machen, werden wir auch gemeinsam Erfahrungen machen, die für andere ein Beispiel abgeben.

3.12.96

14 Genossinnen und Genossen aus München, 11 Genossinnen und Genossen aus Regensburg

gestellt, daß wir diese Haltung nicht teilen. So heißt es in unserer Erklärung: „Die große Mehrheit der Kommunisten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR arbeitet in der PDS. Wir finden das logisch, konsequent und richtig. Die Einheit der Kommunisten in Ost und West darf heute nicht auf eine Weise betrieben werden, daß die Kommunisten aus der PDS gedrängt oder gezogen werden. Dies könnte den Bestrebungen unserer Gegner, die die PDS schwächen und zerstören wollen, entgegenkommen.“

Eine starke DKP, die sich auch sehr viel Souveränität im Umgang mit Bündnispartnern, z.B. der PDS, leisten kann, wünschte sich ein anderer Genosse. Als Motiv für seinen Wunsch nach Einheit nannte er die Notwendigkeit, den Widerstand gegen die Politik der Herrschenden zu verstärken und nicht mehr unsere Kräfte mit der Herstellung von Aktionsbündnissen unter uns selbst zu verbrauchen, sondern über den üblichen Kreis der radikalen Linken hinauszukommen: „Meine Hoffnung ist, daß es durch die Stärkung der kommunistischen Partei leichter wird, mehr Ausstrahlung und Souveränität zu bekommen und stärker gewerkschaftliche, sozialdemokratische und demokratische Kreise für Bündnisse gegen die Kriegsgefahr, gegen die Rechtsentwicklung in der Gesellschaft, gegen den Sozialabbau zu gewinnen. Das ist für mich das zentrale Anliegen, weshalb ich sage, wir müssen über die zirkelhafte Zersplitterung wenigstens innerhalb der Menschen etwas hinauskommen, die sich auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus einig sind.“

Renate Hennecke

Für eine starke DKP, die sich viel Souveränität leisten kann

digung der Sache der Arbeiterklasse heute gewiß weniger an allgemeinen Bekenntnissen zur „höchsten Form des Klassenkampfes“ ablese, sondern vor allem an ihrer Solidarität gegenüber denjenigen, die von der Bourgeoisie wegen ihres bewaffneten Dienstes an der DDR-Grenze kriminalisiert werden.

Von einem Genossen aus der Arbeitsgemeinschaft BWK (Bund Westdeutscher Kommunisten) bei der PDS Bayern wurde die Frage nach dem organisatorischen Ziel aufgeworfen. Soll man sich weiter an der KPD Ernst Thälmanns orientieren, einer Partei, in der politisch verbindliche Beschlüsse mit dem Anspruch einer einheitlichen Weltanschauung und einheitlicher Auffassungen zu theoretischen Fragen gefällt wurden? Wird damit nicht die wissenschaftliche Klärung anstehender Fragen und die kritische Auseinandersetzung behindert statt gefördert? Hier wurden unterschiedliche Konsequenzen gezogen. Es wurde aber auch deutlich, daß KAZ-Gruppe und DKP sehr ähnliche Auffassungen dazu vertreten – eine Gemeinsamkeit, die früher gegen einander gepflegt wurde (was sich u.a. in unserer Aufgabenstellung „Wiederaufbau der KPD“ ausdrückt; hierzu wurde in der Diskussion mehrfach Stellung bezogen), heute aber eine wichtige Begründung der gemeinsamen Organisierung darstellt.

Übereinstimmung bestand mit der Aussage des BWK-Genossen, daß man sehr genau überlegen muß, welche Fragen sich für eine Beschußfassung in Parteigremien überhaupt eignen und bei welchen es zu welchem Zeitpunkt notwendig und sinnvoll ist, sich als Partei auf eine bestimmte Position festzulegen.

Einer der Sprecher des DKP-Kreisvorstands München, Jürgen Köster, erklärte, die DKP gehe heute ausdrücklich davon aus, sie selbst sei nicht die kommunistische Partei, sondern eine Organisation in einer weiterhin zerstüppelten Linken, in der Kommunisten innerhalb und außerhalb verschiedener Organisationen zu finden sind. Sie habe sich bewußt einen langen Zeitraum zur Erarbeitung neuer programmatischer Dokumente offen gehalten, um die Diskussion nicht nur in der Partei, sondern auch mit Kommunisten außerhalb von ihr und in anderen Organisationen gründlich führen zu können.

Von einem anderen PDS-Mitglied wurde befürchtet, die Stärkung der DKP durch unseren Beitritt könne zu einer schärferen Konkurrenz zwischen DKP und PDS statt zu mehr Solidarität führen. Die Haltung, bei der DKP sammelten sich die „wirklichen“ Kommunisten, bei der PDS die „Nur“-Sozialisten, werde sich möglicherweise verstärken. Von unserer Seite wurde klar-

Eine Information der neu gewählten Redaktion

Wie geht es weiter mit der Kommunistischen Arbeiterzeitung?

Zuerst die gute Nachricht: Die *Kommunistische Arbeiterzeitung* wird weiter erscheinen, so wie es auf unserem Arbeitstreffen im Oktober festgelegt worden ist (siehe KAZ Nr. 284, S. 22).

Die – auch für uns schmerzliche – Einschränkung ist, daß wir ab Januar 1997 erstmal ein paar Monate Pause machen müssen, um einen neuen Anlauf für ein verändertes Konzept der *Kommunistischen Arbeiterzeitung* zu nehmen. Wir wollen spätestens im September 1997 die erste Nummer der *Kommunistischen Arbeiterzeitung* in der veränderten Gestalt herausgeben. Bis dahin werden wir zu einzelnen Themen ausgewählte Artikel aus der *Kommunistischen Arbeiterzeitung* sammeln und als Broschüren vertreiben.

Was soll sich an der Kommunistischen Arbeiterzeitung ändern?

Es soll vor allem ein bereits anerkanntermaßen vorhandener Vorteil ausgebaut werden: die wissenschaftliche Herangehensweise, die grundsätzliche Behandlung von Themen, die der Arbeiterbewegung auf den Nägeln brennen. Das bedeutet: Das bisherige Überwiegen der Agitation in der *Kommunistischen Arbeiterzeitung* soll abgelöst werden durch den Schwerpunkt auf der Propaganda.

(...) Welche der beiden Formen der kommunistischen Überzeugungsarbeit (Agitation bzw. Propaganda – Red.) jeweils in den Vordergrund zu treten hat, läßt sich aus den bisherigen Erfahrungen der Arbeiterbewegung ableiten: „Solange es sich darum handelt (und soweit es sich noch darum handelt), die Avantgarde des Proletariats für den Kommunismus zu gewinnen, solange und insoweit tritt die Propaganda an die erste Stelle; sogar Zirkel mit allen dem Zirkelwesen eigenen Schwächen sind hier nützlich und zeitigen fruchtbare Ergebnisse.“ (Lenin)²

In was für einer Zeit befinden wir uns,

in der es sich darum handelt, die Avantgarde des Proletariats für den Kommunismus zu gewinnen:

Die Konterrevolution feiert ihre Siege über den Kommunismus. Die schon vor dem November 1989 gespaltene kommunistische Bewegung hat sich verkleinert und ist noch mehr zersplittet. Von den Lösungen bis zu den theoretischen Grundlagen ist vieles in Unordnung geraten, und eine große Verunsicherung zieht sich quer durch alle kommunistischen und sozialistischen Parteien und Organisationen (unsere eigene nicht ausgeschlossen). Gleichzeitig entstehen neue Zirkel von jungen Arbeitern und Studenten, die dem Kommunismus zu streben und Fragen (wieder) aufwerfen, die von der bisherigen kommunistischen Bewegung vergessen oder verhälssagt wurden.

Die herrschende Klasse schlägt zur Zeit an allen Fronten zu, ob es um die Existenzbedingungen der Werktätigen, die demokratischen Rechte des Volkes oder den Frieden Europas und der Welt geht. Eine Arbeiterklasse ohne Klassenbewußtsein, ohne gesellschaftliche Perspektive und ohne Avantgarde, ohne einheitliche Kommunistische Partei, wird sich gegen diese Angriffe nicht ver-

einigen können und wird selbst bei spontanen Aufschwüngen im Kampf gegen das Kapital sich nicht von bürgerlichen bzw. kleinbürgerlichen Einflüssen lösen können.

In dieser Situation wird die *Kommunistische Arbeiterzeitung* viel mehr als bisher über radikal-demokratische oder kämpferische gewerkschaftliche Argumente hinausgehen müssen, um über die gegenwärtige Gesellschaftsordnung aufzuklären, über ihre Grundlage und ihre Entwicklung, über die Klassen und Schichten in dieser Gesellschaft, ihr Wechselverhältnis, ihren Kampf untereinander und die Rolle der Arbeiterklasse in diesem Kampf, über das Verhältnis der Arbeiterklasse zur Kapitalistenklasse und die Zwischenschichten, zur Vergangenheit und Zukunft des Kapitalismus und über die historische Aufgabe der Kommunisten und der Arbeiterklasse.³

Ihre bisherige Zielrichtung wird unseure Propaganda und Agitation nicht ändern und – entsprechend den Erfordernissen des Klassenkampfes heute – vor allem dem Kampf gegen Faschismus, Militarismus und Chauvinismus auf Grundlage des proletarischen Internationalismus (d.h. vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus) gewidmet sein. Proletarischer Internationalismus bedeutet in erster Linie Anwendung der Erkenntnis: Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Konkret heißt das heute für uns: Der deutsche Imperialismus ist der Hauptfeind der Arbeiterklasse in Westdeutschland und in der von ihm einverleibten DDR, und er ist der Hauptfeind des ganzen werktätigen Volkes in West und Ost. Er ist die Hauptbedrohung für die Völker Europas und eine wachsende Gefahr für den Weltfrieden.

Dieser Kampf gegen Faschismus, Militarismus und Chauvinismus erfordert und fördert den Zusammenschluß der sozialdemokratischen, parteilosen und kommunistischen Arbeiter. Ohne diesen Kampf kann die Arbeiterklasse nicht an den revolutionären Sturz des Imperialismus herankommen.

Daß eine Propaganda dieses Inhalts sich mit dem Sozialismus/Kommunismus in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft auseinandersetzen und ihn verteidigen muß, ergibt sich allein schon daraus, daß der Kampf gegen den Kommunismus elementarer Bestandteil der Angriffe des deutschen Imperialismus auf die werktätigen Massen und seiner Kriegsvorbereitung sind.

In welcher Form soll die Kommunistische Arbeiterzeitung erscheinen?

Die Verlagerung des Schwerpunkts von der Agitation auf die Propaganda verlangt auch entsprechende formale Änderungen.

Hat die *Kommunistische Arbeiterzeitung* bisher eine Aufmachung, die zu agitatorischen Mitteln („Aufmacher“, „Schlagzeilen“, „Tages“-Aktualität) zwingt und gleichzeitig Propaganda ermöglicht, brauchen wir jetzt eine Aufmachung, die umgekehrt zur Propaganda zwingt und gleichzeitig für agitatorische Beiträge offen ist. Dabei streben wir an, daß die gute Lesbarkeit nicht unter der neuen Schwerpunktsetzung leidet. Übrigens ist es gar nicht ausgeschlossen, daß das Bemühen um Propaganda auch mal nicht ganz zum Ziel,

aber dazu führt, daß eine Agitation in der *Kommunistischen Arbeiterzeitung* erscheint, die wesentlich besser ins Schwarze trifft und zu grundsätzlichen Fragestellungen hinführt, als es ohne diese Vorarbeit möglich gewesen wäre.

Die formalen Voraussetzungen betreffen auch Umfang und Erscheinungsweise. Fest steht bisher, daß die vierwöchentliche Herausgabe nicht mehr möglich ist, wenn wir unser Ziel der besseren wissenschaftlichen Absicherung unserer Aussagen ernst nehmen.

Woran arbeitet die Redaktion in der nächsten Zeit?

Die neu gewählte Redaktion hat neben der Vorbereitung der Umstellung die Aufgabe, die inhaltlichen Schwerpunkte für die *Kommunistische Arbeiterzeitung* in der nächsten Zeit festzulegen. Vorrangig sind dabei die Fragen, auf die die Kommunisten heute eine Antwort brauchen, um ideologische Hindernisse aus dem Weg räumen zu können, die es der Arbeiterklasse erschweren, zu kämpfen und sich zu organisieren. Vorhandene Antworten aus anderen Parteien und Organisationen sind dabei ein wichtiger Ansatz- und Ausgangspunkt. Wer für diese Planung Vorschläge hat, an ihr mitarbeiten möchte oder auch nur über ihren Fortgang unterrichtet werden möchte, kann sich bei uns melden – wir brauchen jede Anregung und jede Hilfe.

So geht es weiter für unsere Leser

Wer im nächsten Jahr sein KAZ-Abo weiterführen möchte, erhält in den nächsten Monaten für den Abo-Preis die themenbezogenen Sammlungen aus der *Kommunistischen Arbeiterzeitung* in Broschürenform und ab Erscheinen wieder die KAZ. Wer sein Abo bis zum Wiederauftauchen der KAZ stornieren möchte, erhält ab Erscheinen der *Kommunistischen Arbeiterzeitung* eine Mietteilung und kann dann neu abonnieren.

Wir danken allen Lesern, Korrespondenten, Helfern und Spendern für ihre bisherige Unterstützung der *Kommunistischen Arbeiterzeitung* und hoffen in dieser schwierigen Situation auf Sympathie und Solidarität für unser verändertes Projekt, nachdem die *Kommunistische Arbeiterzeitung* in der bisherigen Form an Grenzen gestoßen ist. Für Fragen dazu stehen wir selbstverständlich zur Verfügung.

Die neu gewählte Redaktion der *Kommunistischen Arbeiterzeitung* (in Verantwortung nach Herausgabe der KAZ Nr. 285)

- 1) entfällt
- 2) Lenin, Der „linken Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, Lenin Werke Bd. 31, S. 81
An dieser Stelle führt Lenin weiter aus: „Wenn es sich um die praktische Aktion der Massen, um die Verteilung – wenn man sich so ausdrücken darf – von Millionenarmeen, um die Gruppierung aller Klassenkräfte einer gegebenen Gesellschaft zum letzten und entscheidenden Kampf handelt, so kann man allein mit propagandistischer Gewandtheit, allein mit der Wiederholung der Wahrheiten des reinen Kommunismus nichts mehr ausrichten.“
- 3) Literatur dazu: Lenin, Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten, Lenin Werke Bd. 2

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
– erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7.
Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruska, Herbert Stascheit, Hardy Vollmer.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzter; für Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider; für Reportagen und Berichte regional: Jörg Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Martin Fochler.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.
Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73.
Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM).

Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen: Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030/69 40 10 39, Fax: 030/69 40 10 41. Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/38 13 93, Fax: 040/3 89 83 31. Hannover: GNN-Verlag, Elisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 0511/4 58 37 93. Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73. München: GNN-Verlag, Schwabthaler Str. 139, 80339 München, Telefon und Fax: 089/5 02 81 12. Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 03 42 04/6 55 11, Fax: 03 42 04/6 58 93. Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Politische Berichte – zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

- 4 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- im Halbjahres- / Jahresabo (39,- bzw. 78,- DM je Einzelabo)
- im (Halbjahres)-Förderabo (65,- DM je Einzelabo).
- Halb- / Jahresabo für neue Länder (26,- bzw. 52,- DM im Jahr)
- Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.
- Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln oder an eine regionale Bestelladresse.
- Name:
- Straße:
- Postleitzahl/Ort:
- Konto-Nr./BLZ:
- Bankunterschrift

Im Teil III des Beitrags (Teil I in PB 26/96, Teil II in 1/97) wird die aufgezeigte Linie von Klassik – Romantik – Avantgarde in sozialistischer Theorieentwicklung noch einmal im Licht allgemeiner Fragen nach Stellung und Stand der sozialistischen Theorie verfolgt – stichprobenartig anhand zweier neuerer Publikationen, als offenes Diskussionsangebot.

Sozialistische Theoriediskussion heißt auch sozialistisches Diskutieren

Klassiker des Sozialismus: Plädoyer für einen Sozialismus ohne Klassik (Teil III)

Die Frage ist, in welchem Verhältnis Theorie und Praxis innerhalb der sozialistischen Theorieebatten stehen; vor der Oktoberrevolution waren die Debatten zwischen den Lagern im wesentlichen projektiv-theoretisch bestimmt – im Sinne der Vorausschau auf Zukunft, kommende Praxis. Mit der Oktoberrevolution und folgenden Realexperimenten wurde diese Zukunft in gegenwärtige Praxis übersetzt. Zum Beispiel konnte sich die Frage nach Abschaffung oder Absterben des Staates nun auf einen konkreten Umformungsprozeß beziehen, erstmals war *sozialistische Praxis* als Kriterium der Wahrheit theoretisch anwendbar. Galt vorher als Schwierigkeit, Theorie in Noch-Nicht-Praxis zu übersetzen, Theorie in Praxis aufzuheben, so wurde jetzt allerdings der Theorie-Praxis-Faden abgeschnitten; was in der Praxis sich an Theorie nicht bewiesen ließ, wurde nicht neu bewertet, für Praxisfortschritt brauchbar gemacht, sondern – abgeschafft. Der Zerfall der Gesellschaftstheorie im Realsozialismus – anders als die Naturwissenschaften – verlief durchaus parallel zum Niedergang der bürgerlichen Aufklärungs- und Wissenschaftstradition. Die Praxis war Kriterium der Wahrheit, aber die Theorie, die sich an diesem Kriterium zu messen hatte, schrumpfte zunehmend. Was im schlechten Sinne Ideologie heißt, nämlich falsches Bewußtsein, indizierte Kapitalismus wie Realsozialismus gleichermaßen. Das Befreiungsversprechen wurde zur „Routinebehauptung“, in Phrasen eingehüllt. Diese Routinebehauptungen, so Marcuse in seiner Schrift *Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus*, sind „der Wahrheit nicht mehr verpflichtet als Befehle oder Zeitungsausnachten: ihre Wahrheit besteht in ihrem Effekt. Der Sowjetmarxismus ist hier an dem Verfall von Sprache und Kommunikation im Zeitalter der Massengesellschaften beteiligt.“¹ Theorie und Praxis wurden nicht ineinander vermittelt, sondern – verkitzt; das Resultat haben Marx und Engels den einstigen Anarchisten vorgehalten, die in diesem Punkt perfideweise dem MLPD-Dogmatismus vorausseiteten: „Einheit des Gedankens und des Handelns heißt weiter nichts als Orthodoxie und blinder Gehorsam. *Perinde ac cadaver* [Wie eine Leiche].“ (MEW 18, S. 346) Der Sozialismus verlor seine Lebendigkeit; Theorie und Praxis war durch eine starre, tote Konstruktion zusammengehalten: eine Einheit, die den Widerspruch aufgehoben glaubt, obgleich noch von ihm beherrscht wird. Dagegen setzten Marx und Engels die Einheit des Widerspruchs, die widerspruchsvolle Einheit; und sie folgen Hegel: „Etwas ist also lebendig, nur insfern es den Widerspruch in sich enthält, und zwar diese Kraft ist, den Widerspruch in sich zu fassen und auszuhalten.“ (Hegel, Logik II, S. 76)

Lukács, Bloch und anderen haben aus Erfahrungen des Realsozialismus ebenso wie des Kapitalismus gesehen, daß diese Widerspruchseinheit selbst wieder ein gesellschaftliches Resultat ist. In

dem labilen, bloß gewaltförmigen Verhältnis von Theorie und Praxis wurde ersichtlich, daß Basis und Überbau, daß Sein, Bewußtsein und Unbewußtes, daß Denken und Handeln keine bloße Widerspiegelung der Gegensätze sind und Bewußtsein kein Abbildungsprozeß des objektiven Seins vorstellt, sondern der *sinnlich-praktische Erkenntnisvorgang selbst widersprüchlich die Dinge erfaßt*. Aus der Tatsache der warenproduzierenden Gesellschaft folgt *fetischhaftes Bewußtsein*; Warenform = Denkform, wie es Alfred Sohn-Rethel bezeichnet hat.

Das Theorie-Praxis-Verhältnis wurde selbst zum Fetischverhältnis. Dies äußert sich etwa darin, daß sowohl Theorie wie Praxis weitgehend unmittelbar begriffen werden: Man glaubt mit der Behauptung der Einheit und Theorie und Praxis den Widerspruch schon aufgehoben zu haben; man glaubt mit dem Gebrauch des Begriffs „Dialektik“ auch schon dialektisch zu denken. Theoretische Unmittelbarkeit abstrahiert stets davon, daß Wesen und Erscheinungen der Dinge nicht zusammenfallen. Die Folge ist orientierungsloses Festhalten an einmal gesetzten Dogmen, die gar nicht mehr praktisch überprüft werden können, weil sich die theoretischen Phrasen, wie von Marcuse beschrieben, routinemäßig gegenüber dem, was man als Praxis zu erkennen meint, verselbständigt haben. Der Wahrnehmungsraum, die „Denkweise“, in dem Gesellschaft als „Lebensweise“ sich abspielt, ist soweit eingeauf auf die Grenzen des Offensichtlichen (Arbeitslosigkeit, soziales Elend, Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung), daß die Theorie gar nicht falsch sein kann; sie bleibt ja zudem folgenlos. Einfache Kausalverkettungen von Ursache und Wirkung, für die man beileibe keine Wissenschaft braucht, um sie zu erkennen, werden zu einem Gedankengebäude aufgebauscht, das *sich wie Wissenschaft verhält*. Die Begriffe stimmen nicht mit der Realität überein, und man verfährt so, wie man es wahnhaft dem Gegner vorhält, „indem ... einzelne Wahrheiten beliebig mit Illusionen oder Spekulationen vermischt[en], aus dem Zusammenhang gerissene Einzelerkenntnisse verallgemeiner[t] oder willkürlich Zusammenhänge hergestell[t] werden, die gar keine sind.“ Das Zitat ist Stefan Engels Buch *Der Kampf um die Denkweise in der Arbeiterbewegung* entnommen; er richtet sich damit pauschal gegen den Positivismus der Naturwissenschaft (vgl. S. 16), um sich dann fünf Seiten später auf diese Naturwissenschaft hinsichtlich einiger Hirnforschungsergebnisse zu berufen. Freilich werden Engel und die MLPD diese Kritik als blanke Dummheit abtun: Es wäre dann falsch zitiert, falsch gelesen, nicht begriffen, da in der „kleinbürgerlichen Denkweise“ befangen etc. Der Leser steht hier einer rhetorischen Gewalt gegenüber, die mit Vorannahmen operiert, deren Gehalt gleichzeitig erst das Ergebnis der Untersuchung abgeben soll. Wer der litaneischen Ausführung Engels zur Aufteilung seiner Welt in

„kleinbürgerliche“ und „proletarische Denkweise“ nicht folgt, wird automatisch, nämlich „gesetzmäßig“ und „objektiv“ der „kleinbürgerlichen Denkweise“ entlarvt.² Der Leser steht mit seiner Kritik „Erkenntnissen“ gegenüber, die auf langjähriger Erfahrung in der und aus der Arbeiterbewegung beruhen und durch die materialistische Dialektik überprüft seien; es ist insgesamt ein Konstrukt aus Schematismus, der „keinerlei Schematismus“ kennt, aus Oberflächlichkeit, die Oberflächlichkeit bestreitet, aus Phraserei, die gegen Phrasen sich wendet etc. Der Fetischismus der Theorie verdichtet sich soweit, daß in dem ideellen Weltmodell von der richtigen „Denkweise“ der Mensch bloß als totes Abstraktum auftritt: weil die „Lehre von der proletarischen Denkweise“ aus Bedingungen abgeleitet wird, in denen der Mensch (als Arbeiter) einzige als verdinglichtes Objekt funktioniert. Die Werte der proletarischen Denkweise sind mithin nichts anderes als die entfremdeten Leistungstugenden der Warentauschgesellschaft; die ganze Problematik der Entfremdung und Verdinglichung ist Engel deshalb fremd, weil er den Menschen sowieso nicht als bedürftiges, liebendes, fröhliches, trauriges, haderndes, *lebendiges Wesen* kennt. (Das führt zu grotesken Stilblüten, wenn Engel etwa „Familie, Erziehung und Sexualität“, „sogenannte frauenspezifische Fachfragen“ nennt, vgl. S. 325.)

Das Verkennen der Differenz von Wesen und Erscheinung zeitigt gleichwohl auch ein anderes Extrem: Weil derzeit die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit kaum als klassenbewußt, geschweige denn im Handeln als „revolutionär“ auftritt, wird die Klassentheorie verabschiedet; man ist also nicht in der Lage, zwischen *an sich* und *für sich* der Klasse zu trennen. Zudem besteht durchweg ein diffuses Verständnis davon, weshalb das Proletariat „revolutionäres Subjekt“ sei. Für Engel, aber auch diejenigen, die die Klassentheorie verabschiedet haben, gilt dies aufgrund der Stellung im Produktionsprozeß und daraus folgendem Klasseninteresse. Während die MLPD das Klasseninteresse objektiv-gesetzmäßig herbeizaubert, vermeinen die anderen festgestellt zu haben, inwiefern aufgrund gehobener Stellung und damit modifiziertem Interesse (VideoRecorder, Urlaub etc.) die Arbeiterklasse nicht mehr revolutionäres Subjekt ist. Außerdem, wie dann neuere Studien zeigen sollen, bewegen wir uns sowieso auf ein „Ende der Arbeitsgesellschaft“ zu. Unbestimmt, wer nun revolutionäres Subjekt sei, wird es entweder auch verabschiedet oder kulturalistisch in eine ästhetisch-künstlerische „Lebenspraxis“ überführt. Noch sind die Diskussionen erst am Anfang, die das revolutionäre Subjekt nüchtern als Handlungssubjekt begreifen und seine geschichtliche Stellung aus einem generellen Bezug zur produktiven gesellschaftlichen Praxis ableiten.

Wenn Sahra Wagenknecht und Jürgen Elsässer sich zusammengesetzt haben und auch in dieser Perspektive in Vor-

wärts und vergessen? eine Diskussion eröffnen, so ist das zunächst und jenseits jeder inhaltlichen Bewertung, vor allem jenseits der leidlichen Selbstherrlichkeit der Autoren, mit dem Gespräch sei wieder mal alles gesagt, positiv zu werten. Mit Elsässers Formulierung vom „Kommunismus als Minimalprogramm“ ist zwar keine originelle, aber doch brauchbare Grundlage für eine fortzusetzende sozialistische Theorie- und Diskussion gegeben. Die so anvisierte Debatte „sozialistischer Theoriediskussion“ zielt bewußt auf Doppeldeutung: Nicht nur wären ja Leerstellen einer Theorie des Sozialismus zu füllen, sondern auch ist einiges im sozialistisch-solidarischen Umgang der Diskussionsparteien einzutüben. Also: Inhalt und Form stehen gleichermaßen im Defizit; wobei, seit Hegel angemahnt, dies eigentlich eine so oder so nicht trennbare Angelegenheit ist. Das heißt zunächst auch, daß heutige Frontenverhältnisse selten gehaltlich motiviert sind, sondern selbst schon Resultat vorangegangener orientierungsloser Unklarheit in der *Selbstverortung*.

Man könnte hier, wie Günther Jacob es für Ebermann und Trampert gezeigt hat³, mit Pierre Bourdieus Begriffen „Habitus“ und „symbolisches Kapital“ die verschiedenen kontroversen Diskussionsfelder von Wagenknecht und Elsässer erhellen; offenbart wird so eine Tiefenschicht der angesprochenen Erbschaftsproblematik: Wagenknechts arbeiterbewegungstheoretischer, klassischer Ansatz (Marxismus-Leninismus und bürgerliches Kulturerbe) ist nämlich mit Elsässers romantisch-avantgardistischem Blick (Mai '68, Situationisten, Anarchismus) schon rhetorisch unvereinbar. Die gesetzten „Startzeichen für die Rekonstruktion einer kommunistischen Perspektive“ sind mithin noch Fähnen an verschiedenen Fronten. Das zeigt sich dann in der weiterzureichenden Staffel des humanistischen Ziels: Wagenknecht spricht von „spätbürgerlichem Kulturverfall“ (S. 25) und Elsässer von – John Lennon.

(rob)

(1) vgl. Detlev Clausen, in: *Klassiker des Sozialismus*, Bd. II, München 1996, S. 276

(2) Sofern das Buch über einen Inhalt verfügt, lohnt sich die Diskussion hier nicht, da sattsam bekannt. Es ließen sich im historischen Vergleich ohne weiteres Verbindungen der Engelschen Denkweise mit der Inquisition oder stalinistischen Schauprozessen nachweisen. Man nehme nur einmal Nicolai Bucharins *Letztes Wort des Verurteilten am 12. März 1938* (mit einem Essay von Stefan Reinicke, Hamburg 1996) und ein Zitat eines Genossen, das Engel nicht scheut heranzuziehen: „Das Hauptproblem besteht bei mir wohl darin, daß ich immer wieder richtige Erkenntnisse und Feststellungen nicht umsetze, daß es eine gewisse linkische [sic!], intellektuelle Unfähigkeit gibt, die Dinge wirklich allseitig und ernst in die Tat umzusetzen.“ (S. 258)

(3) vgl. Jacob, *Self-fulfilling Prophecy*, in: Spezial Nr. 103/1996; er bezieht sich auf: Thomas Ebermann, Rainer Trampert, *Die Offenbarung der Propheten – Über die Sanierung des Kapitalismus, die Verwandlung linker Theorie in Esoterik, Bocksgesänge und Zivilgesellschaft*, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1995